

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

52. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (27. Februar.)

11 Uhr. Am Ministertisch Saal mit mehreren Commissarien.
Der Vertreter des ersten hiesigen Wahlbezirks, Abgeordneter Houben, hat sein Mandat niedergelegt. Ein Schreiben des Justizministers sucht die eventuelle Genehmigung des Hauses zu der vom Oberprocurator in Trier verlangten strafrechtlichen Verfolgung des Sonntagsbottes für die Diöcese Trier nach, wegen eines Artikels vom 12. Januar, betitelt „Zum neuen Jahre“, der eine Verleumdung des Abgeordnetenhauses enthalten soll. Das Schreiben geht an die Geschäftsordnungs-Commission.

Auf der Tagesordnung steht die wiederholte erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Artikel 15 und 18 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850. Zur ersten melden sich fünf Redner zum Wort, darunter 4 gegen den Gesetzentwurf (v. Glaspawski, Stroffer, von Gerlach und Windthorst-Meyen), dafür nur einer, der Abgeordnete Götting; es hatten sich außer ihm noch mehrere gemeldet, die jedoch ihren Namen aus der Liste wieder streichen lassen.

Aus dem wenig verständlichen Vortrage des Abgeordneten von Glaspawski können wir nur folgende Sätze citiren: Die nationalen Rechte, welche der Redner und seine Partei vertreten, sind mit den vertriebenen Rechten der katholischen Kirche, welche durch die beschlossene Verfassungsänderung und die ihr nachfolgende Gesetzgebung offenbar schwer geschädigt werden, innig verwachsen. Seine Partei hat daher beides zugleich zu verteidigen und auch die Gegner sollten sich daran erinnern, daß jede Schädigung fremder Freiheit schließlich die eigene trifft. Die Selbstständigkeit der Kirche, wie die Verfassung sie gewährleistet, mit dem angekündigten Gesetzentwurf über die Anstellung der Geistlichen in Einklang setzen wollen, kommt genau darauf hinaus, als wenn man der durch die Verfassung verbürgten Pressefreiheit, die nach Art. 27 nur im Wege der Gesetzgebung beschränkt werden soll, den Satz zufügen wollte: „die Schriftsteller werden vom Staat angestellt“ und ihn durch die Censur in Form auftragener Druckschmätze illustrierte. Der Redner zeigt dem durch diese Parallele heiter gestimmten Hause ein solches geschwätztes Zeitungsblatt, wie es scheint, ein Exemplar der „Bromberger Zeitung“ und erklärt schließlich die neue Aeußerung des Cultusministers bezüglich des Verhältnisses des Erzbischofs von Posen und Osnabrück in der Sprachenfrage für unrichtig.

Abg. Götting, der für den Gesetzentwurf sprechen soll, verzichtet auf das Wort, gleichzeitig wird ein Antrag auf Schluß eingebracht. Abg. von Mallinckrodt: Meine Freunde und ich haben durchaus nicht die Absicht, die Verhandlungen unnötig hinzuziehen, wir wollen auch keine namentliche Abstimmung beantragen; aber bei der Wichtigkeit des Gegenstandes müssen wir wünschen, die Erörterung nicht vorzeitig geschlossen zu sehen nach bitten daher die Herren Antragsteller, ihren Antrag auf Schluß zurückzuziehen. Präsident v. Jordan bed: Ich muß die Bestimmung der Geschäftsordnung streng aufrecht erhalten, daß über einen Antrag auf Schluß ohne Discussion abgestimmt werden muß. Abg. Richter zieht den Antrag auf Schluß zurück, so daß die Discussion ihren Fortgang nehmen kann.

Abg. Stroffer kann seine Fortbarkeit gegen Herrn Richter und das Haus nicht durch das Versprechen sich kurz zu fassen an den Tag legen, denn es hat sich bei ihm, der diesmal in den früheren Stadien der Beratung nicht zum Wort gekommen ist, viel Material angesammelt. (Unruhe.) Zunächst läßt er die Redner, die vor drei Wochen sprachen, die Rede passieren und bemerkt gegen den Referenten Gneist, daß die Zusammenstellung der Zusätze zu den Verfassungsartikeln mit dem „Was ist das?“, das Luther den zehn Geboten beigefügt hat, von einer Ähnlichkeit zeugt, wie sie ihm niemals vorgekommen ist. Diese Luther'schen Erklärungen sind so klar, so wahr, so sehr in Uebereinstimmung mit den Geboten selbst, daß sie sich erhalten werden, so lange es evangelische Christen auf Erden geben wird. Die Zusätze der Commission zu den Verfassungsartikeln aber stoßen ihren Inhalt geradezu um, sie werden daher das Alter der Luther'schen Erklärungen nicht erreichen, sondern frühzeitig an der Schwindsucht sterben, und das prophetische Wort des Referenten erfüllen: ihr's Menschenwerk wird's untergehen.

Das Verhalten seines ehemaligen Fraktionsgenossen v. Brauchitsch beweist, wie weit die Inconsequenz des Menschen gehen kann, denn er, der Gegner der kirchlichen Excommunication hat Herrn v. Gerlach und seine Freunde mit Nennung der Namen aus der conservativen Partei excommunicirt. Er, der Redner, und sein Freund Holz, haben ihre Frömmigkeit bereits zu einer Zeit bewiesen, als Herr v. Brauchitsch noch gar nicht geboren war. Die beiden Kirchen, welche durch ihre Bußlage den Segen Gottes auf die deutschen Wälder herabgeschickt haben, verdienen die Behandlung nicht, die ihnen jetzt zu Theil wird. (Auf: Schluß! Schluß!) Nein, m. H., fährt der Redner fort, der auf die Kritik der Personen eine ebenso eingehende der Principien folgen läßt, nicht Schluß! Der Abg. Kaster hat neulich 2½ Stunden in einer Eisenbahnfrage gesprochen. Wenn Sie es wünschen, so werde ich jetzt 3 Stunden in einer Kirchenfrage sprechen. Besser als die Zusätze zu den Verfassungsartikeln wäre ihre nach Uebung und die beschlossene Feier am 18. März zu Ehren der Pariser Commune seitens der Socialisten, die nach den Zeitungen gestaltet werden soll, um die Stärke der Partei zu recognosciren, bietet für das Einsichreiten der Staatsregierung ein geeignetes Feld als die christlichen Kirchen. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Gerlach: Man hat ihn einen Jesuitenfreund genannt; aber die Jesuiten sind ein Opfer ungerechter Verfolgung und Redner sympathisirt immer mit denen, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden. Die katholische Kirche genos mit Ausnahme Englands nirgend einen solchen Freiheit wie in Preußen; aber seit zwei Jahren wird ihr die Luft benommen. Syllabus und Encyclica können die Veranlassung nicht sein, denn diese sind von älterem Datum. Der Redner, der auf der Tribüne so gut wie unverständlich ist, spricht auch vom Abg. Kaster und vermuthlich gegen ihn und hofft vom Cultusminister, daß er seine Vorlagen zurückziehen werde.

Der Cultusminister: Es liegt nicht in meiner Absicht, in die Debatte sachlich einzutreten, weil ich von der Ueberzeugung durchdrungen bin, daß diese Debatte bereits erschöpft war, ehe sie heute noch begonnen wurde. (Lebhafte Zustimmung.) Der Gang der Verhandlung hat mich eines anderen nicht belehrt. Ich will nur sagen: ich bin nicht im Stande die Hoffnung des Abgeordneten, der eben die Tribüne verließ, zu erfüllen, daß ich heute oder demnächst die eingebrachten Gesetze zurückziehen würde. Diese Hoffnung wird sich nicht erfüllen. Im Gegentheil, die Staatsregierung legt das höchste Gewicht darauf, daß ihr im Laufe dieser Session auf die Frage, die sie in Form der Vorlage der kirchenpolitischen Gesetze gestellt hat, eine volle und abgeschlossene Antwort werde. Sie ist sich dabei völlig bewußt, daß sie an die Mitglieder beider Häuser des Landtags, an deren Opferwilligkeit und Patriotismus, sehr große Anforderungen stellt, aber dessen ungeachtet stellt sie diese Anforderungen, weil sie von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß so wichtige und schwerwiegende Fragen, wenn sie einmal angeregt sind, ununterbrochen zum Austrage kommen müssen.

Präsident von Jordan bed bemerkt, daß ihm während der Debatte ein Urtheilspruch des Abg. Kaster für einige Tage zugekommen sei; derselbe sei beistimmend. Es dürfte also nicht falsch gedeutet werden, wenn er heute auf die Angriffe des Vorredners nicht antwortet.

Die erste Beratung wird geschlossen und, da eine Verweisung des Gesetzentwurfs an eine Commission unter der Heiterkeit des Hauses nur von den Abgg. Hüffer und v. Gerlach gewünscht wird, in die zweite eingetreten, die sich zunächst auf Art. 15 bezieht.

Abg. Reichensperger (Roblenz): Aus den Worten des Cultusministers entnehme ich wieder, wie das Verfügen viel leichter ist, als das Aufbauen. Sie geben sich freiwillig der Illusion hin, daß, wenn Sie dem Verfassungsartikel in solcher Weise ein Ende gemacht haben, das Reich des Friedens kommen werde. Es würde der Frieden des Friedhofs sein. Folgen dem Jesuitengesetz noch mehrere ihm ähnliche, dann wird der Frieden noch lange ausbleiben. Der Geh. Justizrath Friedberg hat ein von der Regierung gern und oft citirtes Buch geschrieben. Ich kann dasselbe nur als einbildliches, gefährliches Pamphlet gegen die katholische Kirche bezeichnen. Es heißt darin: „Zu alle dem kam schließlich noch die politische Antipathie, welche in den Rheinländern gegen die preussische Regierung herrschte; man war so gründ-

lich enttäuscht dadurch, daß die Freiheitskriege als einzige Frucht der politischen Entwicklung nur die Demagogieverfolgungen erzeugt hatten, und daß die preussische Politik mit solcher Wollust die Pfade der Metternich'schen Politik verfolgte, daß u. s. w.“ Nun, was damals die Demagogieverfolgung war, ist jetzt die Jesuitenverfolgung (Widerstand links), was die Freiheitskriege waren, ist jetzt der letzte französische Krieg, und das Metternich'sche System von damals ist jetzt das System der heutigen Staatsregierung. (Sehr gut! Beifall im Centrum.) Gehen Sie auf den Pfaden des Metternich'schen Systems nur so fort, auf den Pfaden der Verfolgung angelockt staatsgefährlicher Bestrebungen, immer wieder müssen wir fragen: aus welchen Gründen? Machen Sie sich darauf gefaßt, wir kommen auf diese Frage noch sehr oft zurück, die Herren Schlussmacher werden viel zu thun bekommen.

Der Unterstaatssecretär Achenbach hat bei der Debatte über Einrichtung der turkessischen Consistoren gesagt: „Der Artikel 15 der Verfassung ist nicht ein Zukunftsprogramm, sondern ein sofort wirksames Recht. Bedürftigen wir Zeugen dafür, so würde die katholische Kirche Zeugnis davon ablegen. Vor unser aller Augen liegt es, wie unter der Freiheit, welche dieser Artikel der katholischen Kirche gewährt, diese eine kaum vorherzulebende Blüthe erreicht hat. Gewiß aber werden wir, wenn wir neidlos auf diese Entwicklung sehen wollten, wünschen und verlangen müssen, daß die evangelische Kirche befähigt werde, nicht in Haß und Hader, nein im edelsten Kampfe der Geister an der gemeinschaftlichen Aufgabe, nämlich der Veredelung unseres Volkes, mit der katholischen Kirche zu arbeiten.“ Gewiß die edelsten Worte, die man sagen kann, wenn sie nur befolgt würden! Mir kommt es mehr und mehr so vor, als ob Ihr Ideal einer Kirche in den hiesigen zwei Gensdarmenkirchen verkörpert wäre: der äußere Aufbau ist imponirend, auch dem Seiligen ist eine gewisse Ehrfurcht erwiesen, aber vom Innern wurde mir gesagt, es sei eine Kumpellammer. Wenn ich das auch nicht glaube, so viel ich sicher, daß das Innere nicht zu kirchlichen Zwecken benutzt wird, nur ein kleiner Anhang zum Gebäude dient denselben. In das Innere werden wahrscheinlich künftig die Bureau's des Oberpräsidenten und des Staatsgerichtshofes für Kirchen verlegt werden (Beifall und Heiterkeit im Centrum). Ich wende mich zu Herrn v. Kardorff; wir haben keinen Gegner, der uns mehr heranzieht, als er.

Er sagt, der niedere Clerus müsse in Schutz genommen werden gegen Vergewaltigung der Obern. Es hat sich schon jetzt gezeigt, daß derselbe aus solcher Leimruthe nicht liegt. Es handelt sich bei diesem ganzen Streit, was dürfen wir ohne Ruhmredigkeit sagen, nicht um unsere Personen; handelt es sich darum, dann hätten wir wahrlich diese Centrumsfraction nicht gebildet. Denn wir wissen, daß damit die Brücken zu Stellen und Ehrenämtern für uns abgebrochen sind (Beifall im Centrum), wir können ja nicht einmal in den Staatsgerichtshof für Kirchenfragen kommen. Herr von Kardorff wies wieder auf das Concil hin, es ist durch dasselbe nichts weiter festgestellt worden, als daß der Papst für sich allein in feierlicher Form in Glaubenssachen und Glaubensfreiheiten aussprechen kann, was katholische Wahrheit ist, und daß dieser Ausspruch durch ein späteres Concil nicht mehr reformirt werden kann. Herr von Kardorff hat sich indignirt darüber, wenigstens stellt er sich so.

Präsident von Jordan bed: Ich muß den Redner unterbrechen. Man darf von einem Redner hier im Hause nicht sagen, „daß er sich stelle.“ Ein jedes Mitglied muß die Präsumption für sich beanspruchen können, daß das, was er spricht, Ausdruck seiner vollen Ueberzeugung sei. (Beifall.)

Abg. Reichensperger fortfahren: Ich fühle das vollkommen, glaube aber wirklich, dem Herrn von Kardorff etwas Unangenehmes zu sagen. (Große Heiterkeit.) Er hat mir den Vorwurf gemacht, gesagt zu haben, daß wir uns hier als die Vertreter sämtlicher katholischen Preussens darstellen. Sollte ich das wirklich gesagt haben, so könnte es nur in einer mir unbegreiflichen Jrethumtheit gegeben sein. Reiner von uns macht diese Präsumtion, ich bin autorisirt, im Namen meiner Partei dies zu erklären. Wir geben Ausnahmen zu, aber auch nur Ausnahmen. Und zu diesen rechne ich besonders die katholische Herzogthümer des Herrn von Kardorff, vor allem Herrn Künze, dessen heroischen Muth er uns neulich vorführte, weil Herr Künze auf die Seite der Regierung gegen die nach unserer Meinung verfolgte Kirche getreten sei. So haben, m. H., ein Mithras heraufbeschworen, dessen Ende Niemand von uns absehen kann, und wenn wir auch nach wie vor unsere Unterthanenpflicht erfüllen werden, wie wir es müssen, überlegen Sie sich doch wohl, was es heißt, ob die Herzen mit dabei sind, oder ob es bloß das starre Pflichtgefühl ist, welches dazu führt. Bedenken Sie doch, daß wenn auch nicht alle, so doch Millionen Katholiken hinter uns stehen. Was die Kirche betrifft, so bin ich ruhig, sie wird aus diesem Kampfe, wie aus tausend andern bisher, siegreich hervorgehen. Manet nomen, d. h. veritas Domini in aeternum; und die Kirche ist die Trägerin dieser göttlichen Wahrheit. (Beifall im Centrum.)

Unterstaatssecretär Abg. Dr. Achenbach: Ich will nur auf die verlesene Stelle aus meiner Rede antworten. Was ich damals angeführt, muß ich noch heute als vollste Ueberzeugung wiederholen. Der Vorredner hat nur eins hinzuzufügen vergessen, nämlich zu sagen, worum es sich damals handelte, und das war die beschlossene Feststellung einer Verfassung für die evangelische Kirche. Ich habe ausgeführt, daß solche Verfassung nicht ohne eine gewisse Concurrenz des Staates geschaffen werden könnte. Ich habe für den Staat bestimmte Rechte beansprucht; meine Auffassung hat damals den Beifall des Vorredners und seiner Parteigenossen leider nicht gefunden, und die Vorlage scheiterte gerade an dem einstimmigen Widerspruch des Centrums.

Abg. Reichensperger: Ich habe den Vorredner keineswegs in Widerspruch setzen wollen zu seinen früheren Ausführungen; unser Widerspruch gegen die damalige Vorlage war begründet nicht nur durch die Scheu, von Staatswegen kirchliche Institutionen machen zu lassen, sondern auch durch die Thatfache, die sich aus vielen Petitionen ergab, daß viele gewichtige Stimmen evangelischer Seite aus Hessen selbst sich gegen die Vorlage aussprachen.

Die Abänderung des Art. 15 wird hierauf mit sehr großer Majorität genehmigt. — Es folgt die Discussion über Art. 18.

Abg. Windthorst (Meppen): Von den Fragen des Abg. v. Gerlach an den Minister ist nur die eine beantwortet, daß die Regierung nicht daran denke, die Gesetzentwürfe zurückzuziehen; sie will noch in dieser Session eine vollständige Beratung und Abstimmung haben. Ich muß daraus entnehmen, daß es in ihrer Absicht liegt, bei den wesentlichen Principien der Vorlage zu beharren. Ich glaube, daß nach den Erörterungen hier und nach den Eindrücken im Lande, bei Katholiken wie bei Evangelischen, die Regierung Veranlassung nehmen würde, ihre Arbeit noch einmal durchzugehen. Es mußte jedem klar geworden sein, daß mit der Annahme dieser Verfassungsänderung und der kirchenpolitischen Gesetze ein Kampf entsteht, dessen Ende keiner von uns absehen kann. Wir Alle haben ein Interesse daran, diesen Kampf zu vermeiden; davon hängt das friedliche und wohlwollende Nebeneinanderwohnen der Leute verschiedener Confectionen ab; dadurch ist die friedliche und geduldige Entwicklung aller Verhältnisse bedingt. Wenn ich diese Gesichtspunkte hervorhebe, ist mir vielfach erwiedert worden, daß diese Bemerkung richtig sei, daß ein modus vivendi gefunden werden müsse; dieser ließe sich aber am zweckmäßigsten und nachhaltigsten finden, wenn diese Gesetze zur Annahme kämen. Das kommt mir vor, als wenn man für die Sicherheit des Hauses am besten sorgt, wenn man es niederbrennt. So wenig zutreffend diese Erwiederung ist, so war sie mir doch immer angenehm, weil ich selbst immer den Wunsch ausgesprochen, daß wir zu einem modus vivendi kommen möchten, damit diese Streitigkeiten aufhören, die nach daran sind, alle unsere socialen und politischen Verhältnisse zu erschüttern. Ich hoffe, daß man mindestens zu solchen Modificationen kommen wird, bei denen die Sache in schädlicher Weise erledigt werden kann. Ohne diese Hoffnung würde es dergleichen sein, zu discutiren, wir würden nur unnütz Zeit verschwenden.

Bei dem Zufall zu Art. 18 handelt es sich darum, den beiden Gesetzen Luft zu schaffen, die am Allerentschiedensten in die kirchlichen Verhältnisse einschneiden. Die beiden Gesetze sind — mag man behaupten, was man will — nichts weiter als ein Versuch, beide Kirchen zu reinen Staatsanstalten zu machen. (Sehr wahr! im Centrum. Unruhe links.) Diese Tendenz ist so sehr in die Herzen und Köpfe der Menschen gekommen, daß wir gestern hörten, wie es im höchsten Grade wichtig und nützlich sei, schon jetzt

im Budget 100,000 Thlr. für die Schulaufsicht zu bewilligen und wie man diese Position entwickeln müsse, damit die Geistlichen mehr und mehr zu dem Bewußtsein kommen, daß sie vom Staate abhängig sind, und sich mehr an den Geschäften des Staates betheiligen. Ich bin dagegen ganz entschieden und werde noch bei Gelegenheit darauf zurückkommen. Ich habe es nur als ein Symptom angesehen, wie man überall bemerkt ist, nach und nach die ganze Geistlichkeit zu Staatsbeamten, und das, was sie vertreten, zu einer Staatsanstalt machen. Der Cultusminister soll der Hohenpriester für das ganze Land werden. Die Antwort des Ministers auf die Frage des Abg. v. Gerlach hat die Hoffnung grausam zerstört, daß man zum Frieden greifen werde, ehe es unmöglich sein wird. Der Abg. Achenbach hat uns den Vorwurf gemacht, daß wir bei der Beratung der hiesigen Kirchenverfassung uns für incompetent erklärt haben; dadurch sei die hiesige Kirche nicht zu der Freiheit des Art. 15 gelangt. Dieser Vorwurf ist absolut unrichtig. Wir haben gesagt: Das Abgeordnetenhaus als solches hat keinen Beruf in irgend welcher Weise an dem Ausbau der evangelischen Kirche direct mitzuwirken. (Unruhe links.)

Alle derartigen Versuche werde ich mit Entschiedenheit zurückweisen. (Beifall im Centrum.) Wir wollen auf die evangelische Kirche nicht einwirken, wir wünschen ihr alles Gedeihen, deshalb werden wir diesen Versuchen entgegenzutreten. Ich würde auch bei der Debatte über den Oberkirchenrath Ihnen gesagt haben, daß wir die Position mit Freuden bewilligen, weil wir denselben für eine vollständig zu Recht bestehende Institution der evangelischen Kirche halten; daß wir jede Discussion darüber, wie der oberste Kirchenherr die Stellen besetzt, von uns abweisen müssen. Ich habe es tief beklagt, daß man einzelne Fälle im Hause besprochen, z. B. den Sydom'schen Fall. Was geht dieser Fall das Abgeordnetenhaus an? (Sehr wahr! im Centrum und rechts.) Wir wollen unsere evangelischen Mitbürger zu Hilfe kommen, wo es uns möglich ist, ohne daß wir in ihre Verfassung oder Lehre eingreifen. Das bitten wir uns aber auch von Ihnen aus. Es ist das der alldesdeutsche Grundsat, daß jede Confession ihre Angelegenheiten ordnet und das allein hat nach der Reformation und dem dreißigjährigen Kriege den Frieden wiederhergestellt. Diesen Grundsat hat man in die Verfassung hineingelegt. Was soll jetzt geschehen? Der zur Minorität gewordenen Masse der Katholiken gegenüber wollen die Protestanten Gesetze machen; die protestantische Majorität will unter dem Namen des Staates für alle Verhältnisse der Katholiken maßgebende Gesetze machen. (Widerstand links.)

Dem Staate soll es möglich gemacht werden, selbst in das Dogma hineinzugreifen. Wenn ich nicht irre, hat ein berühmter Abgeordneter auch gesagt, es sei nicht möglich vor dem Dogma still zu stehen. Es soll ein Staatsgerichtshof gebildet werden, der über die Handlungen der katholischen Bischöfe urtheilen soll; die Handlungen sind so allgemein gefaßt, daß man darunter sehr vieles subsumiren kann. Das ist ein Versuch, die ganze Kirchengewalt in den Staat zu legen; das ist gegen das Grundprincip der deutschen Geschichte. Man will dem protestantischen Staate, wie er fast täglich vom Prediger Hofmann genannt wird, Gelegenheit geben, uns zu majorisiren und uns zu untergraben. Ich bedaure es; wollen Sie den Frieden nicht, ich kann es nicht ändern; beugen lassen wir uns nicht! (Beifall im Centrum.)

Referent Dr. Gneist. Ich will nur auf die letzte Aeußerung antworten; die Mehrheit der bei uns geltenden Gesetze ist durch Majorität beschloffen worden. Die Bedeutung aller Gesetze ist nicht geringer dadurch geworden, daß der königliche Wille nicht mehr absolut ist, sondern der Zustimmung beider Häuser des Landtags bedarf. So erlassen Gesetze den Charakter eines Majoritätsbescloffes beizulegen, würde die geistliche und verfassungsmäßige Ordnung im Lande überhaupt unmöglich machen. (Sehr richtig! links.) Nicht die Majorität allein beschließt diese Gesetze, sondern der König hat sie vorher genehmigt. Den Vorwurf der Majorisirung kann schließlich jede Minorität erheben.

Hiernit schließt die Discussion. Der Abg. Windthorst (Meppen) bemerkt, daß er es für unparlamentarisch halte, daß die allerhöchste Person in die Discussion gezogen sei. Der Präsident v. Jordan bed erwidert, daß der Abg. Windthorst keine Befugnis habe, über die parlamentarische Ordnung zu wachen. Die allerhöchste Person sei nicht in die Debatte hineingezogen, sondern nur das Königthum, insofern von ihm die Gesetzesvorlagen ausgehen.

Mit großer Majorität, die dem Augenschein nach viel stärker ist, als bei den namentlichen Abstimmungen am 31. Januar und 4. Februar, wird auch der Art. 18 der Verfassung in der veränderten Gestalt nebst Einleitung und Ueberblick des Gesetzentwurfs angenommen. Damit schließt die zweite Beratung, die dritte wird übermorgen stattfinden.

Es wird nunmehr die zweite Beratung des Stats des Cultus-Ministeriums fortgesetzt.

Zu Cap. 127 Tit. 3 (zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen und Lehrer 50,000 Thlr.) beantragen die Abgeordneten v. Gottberg und Glaser die Regierung aufzufordern, einen dem wirklichen Bedürfnis entsprechenden höhern Betrag zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen, besonders der evangelischen Geistlichen, auf den Etat zu bringen. Abg. Glaser führt aus, daß die finanzielle Lage der Geistlichen im Allgemeinen eine viel zu dürftige sei. Das mache sich namentlich dadurch bemerkbar, daß sich immer weniger junge Leute dem theologischen Studium widmeten. Abg. Richter (Hagen): Ich bitte, nicht nur den Antrag Gottberg abzulehnen, sondern auch die von der Regierung geforderten 50,000 Thlr. nicht zu bewilligen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese 50,000 Thlr., wenn nicht ganz ausschließend, doch vorzugsweise zur Unterstützung der Geistlichen verwendet werden sollen. Nun bin ich bereit, den Geistlichen alle möglichen Freiheiten zu gewähren, wie noch eben meine Abstimmung bewiesen hat, aber baars Geld sollen sie nicht noch oben ein erhalten (Heiterkeit.) Was ihnen nach der Verfassung zukommt, sollen sie haben, aber keinen Pfennig mehr.

Es ist darauf hingewiesen worden, daß ja auch die Geistlichen staatliche Functionen bekleiden und daß ihnen dafür eine Remuneration gebühre, so z. B. dafür, daß sie die Schulaufsicht bekleiden. Da wäre aber doch erst zu unteruchen, ob sich nicht andere Leute finden, die das rein als Ehrenamt und ohne Remuneration befragen würden. Ich finde zudem in der Unterstützung von einzelnen Kirchensystemen ein Unrecht gegen alle anderen Religionsgemeinschaften. Die Budgetcommission hat allerdings diesem Titel die Ueberschrift gegeben: Für Geistliche aller Bekenntnisse; es kann vielleicht möglich sein, daß künftig nicht bloß die römisch-katholischen und evangelischen, sondern auch altkatholischen Geistlichen aus diesem Fonds unterstützt werden, insofern daß auch andere Religionsgesellschaften z. B. die freireligiösen Gemeindeprediger Unterstützung erhalten, kann ich nicht annehmen und doch müssen die Mitglieder der freireligiösen Gemeinde mit beitragen zu den Steuern, aus welchen diese Unterstützungen fließen. Ja man zwingt die Steuerzahler indirekt, beizutragen zur Zwecke, die sie mißbilligen oder verwerfen. Die Verfassung gewährt Religionsfreiheit. Aber man kann dieselbe indirekt dadurch verkümmern, daß man die einzelnen Kirchensysteme begünstigt und daß man nicht frei Concurrenz allen Geistlichen untereinander wahlen läßt. Wir sind jetzt zwanzig Jahre lang glücklich herkömm gewesen von Debatten über kirchliche Fonds. Hr. v. Gerlach weiß davon zu erzählen und auch Hr. Reichensperger, wie damals in jedem Jahre gestritten wurde, ob die Katholiken nicht zu viel oder zu wenig bekämen im Gegensatz zu den Evangelischen. Zwanzig Jahre ist der Fonds unbedändert geblieben und diese Debatten haben aufgehört.

Wenn Sie den Fonds verändern, rufen Sie sie wieder hervor, denn es liegt auf der Hand, daß im nächsten Jahre die Katholiken und andere Religionsgemeinschaften kommen und nach der Vererbung dieser Fonds fragen, und wenn sie finden, daß ihre Leute zu wenig bekommen haben, dann haben Sie den kirchlichen Hader und den confessionellen Streit. Ich möchte, wir hätten kirchliche Debatten mehr saß, als ein gesunder Mensch vertragen kann, und ich möchte nicht, daß sie noch vermehrt werden. Heute haben wir Verwahrung einlegen gehört, daß kirchliche Fragen hier im Hause erörtert werden, — wenn man das nicht will, muß man auch nicht betheilen gehen für die Kirche. (Unruhe rechts.) Ich meine Sie nicht, sondern die Kirche. Wenn man bei einem fremden Manne bettelt, muß man es sich gefallen lassen, eine Krille seines Lebenswandels anzuhören, und wenn die Kirche vom Staate Subvention fordert, so sind die staatlichen Organe nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet zu fragen, was hat die Kirche für Bedürfnisse, und schaden wir ihr nicht mehr durch die Gelber, als wir ihr nützen?

Vom Standpunkte der römisch-katholischen Kirche aus möchte ich fragen, beabsichtigt die Regierung etwa, die katholische Hierarchie, mit der sie sich in lebhaftem Kampfe befindet, neue Fonds zuzuführen, oder beabsichtigt man, einzelne gesinnungsgünstige Geistliche zu subventioniren, soll dieses Aushilfsmittel ausgeteilt werden im Gegensatz zu den Gesetzen der jetzigen Session? In diesen Geldbewilligungen liegen mehr Fährnisse für die Selbstständigkeit der Kirche, als in allen andern Gesetzen. Der frühere Abg. v. Vinke hat einmal sehr treffend ausgeführt, wie gerade die Erhöhung der Kirchenfonds in die Selbstständigkeit der Kirche eingreift und den Staat nöthigt, sich in kirchliche Angelegenheiten zu mischen.

Ich wünsche von meinem Standpunkte, daß die katholische Kirche von der Staatsföhrbarkeit überall gebeugt werde, daß alle kirchlichen Corporationen eine solche Verfassung vom Staate erhalten, wie sie jetzt die jüdische hat, aber ich will nicht, daß die Kirche degradirt wird zu einem Staats- und Polizeistatut, wozu in ihrer letzten Konsequenz diese Fonds führen. Allerdings hat die evangelische Kirche an Selbstständigkeit nicht mehr viel zu verlieren. Man spricht von einem Nothstand derselben. Ich weiß in der Nähe Berlins schlichte Dorfgemeinden, die höheres Gehalt, als die Minister beziehen. (Heiterkeit.) Andere Beispiele schlichter Geistlichen, die höheres Gehalt als die Ministerial-Directoren beziehen, liegen mir sogar noch näher. Es steht fest, daß vielfach in Folge der gestiegenen Bäckie die Geistlichen an höheren Bodenrenten so viel haben, daß sie den Lehrern noch sehr wohl etwas abgeben könnten. In einzelnen Gegenden mag ein gewisser Nothstand herrschen, mag die Gemeinde nicht leistungsfähig sein. Dann giebt es andere Gemeinden, in denen desto mehr reiche Leute wohnen, und sie werden nicht behaupten, daß die Gemeindeglieder der evangelischen Kirche in der Verarmung begriffen seien. Es giebt in derselben ebenso viele reiche Leute, wie in anderen Confessionen; warum geben die nichts für ihre Kirche? Nur wegen der gegenwärtig in ihr herrschenden Richtung. Hier in Berlin werden solche Synagogen gebaut, aber der Dom wird nicht fertig. Unwillig genug trägt der Berliner die Herrschaft der Orthodoxie, und nun sollte er noch Geld dafür ausgeben! (Heiterkeit.) Aus dem Grunde muß man hier um Beiträge betteln gehen, und kann die reiche evangelische Kirche aus ihrem Schöße nicht lumpige 50,000 Thlr. ausbringen. (Heiterkeit.)

Das Maß der Unzufriedenheit ist so groß, daß man in das volle Gesicht nicht mehr einen Tropfen zu schütten mag, aus Furcht, es möchte überlaufen; es bedarf nur eines Funken, vielleicht kommt er aus dem Synodischen Fall, so vollzieht sich in Berlin von unten herauf eine Reformation, daß von der Gemeinde der herrschenden evangelischen Kirche nicht so viel übrig bleibt, wie die Gemeinde der Episcopalkirche (große Heiterkeit). Hat auch der Herr Cultusminister den besten Willen, die Kirchenverfassung zu reformiren, — die Verwirklichung dieser Absicht wird erschwert, wenn man der Kirche immer neue Fonds vor der Reformation zuführt. Auch auf einem anderen Gebiet hat die Regierung den Grundfals beobachtet: keine Provinzialfonds vor der neuen Provinzialordnung; hier sollte man es betreffs einer neuen Synodalordnung ebenso machen. Man schwächt das Interesse der herrschenden Partei an einer Reform, wenn man ihr die Geldmittel gesteht, ohne daß die Reform vollgezogen wird. In einer Zeit, wo sich auf kirchlichem Gebiete die Begriffe von rechts und links zu verschieben drohen, suche ich Stärkung und Erbauung am Vorbilde der Männer, die in einer früheren Zeit hier saßen, und da denke ich an eine Debatte von vor 20 Jahren, als zuletzt eine Erhöhung für kirchliche Fonds gefordert wurde. Herr v. Gerlach weiß auch davon zu erzählen, er war selbst dabei.

Wie trat Herr Georg von Vinke ein gegen den Fonds von 50,000 Thlr., und die Führer der allliberalen Partei wehrten sich tapfer gegen diese Erhöhung! Ja, selbst diejenigen Männer, welche von ihrem Standpunkte aus der evangelischen Kirche höhere Mittel zuwenden wollen, traten dann entschieden gegen die Bewilligung der 50,000 Thlr. auf, so sagte z. B. der Abg. Vette damals: Ich glaube nicht, daß es an der Zeit ist, die evangelische Kirche, sei es durch Polizeimaßregeln, sei es durch Geldunterstützungen in einer Zeit kräftigen zu wollen, wo ihr diejenigen höheren geistlichen Mittel nicht gewährt, die zu geistlicher Entwicklung in ihr selbst ruhen. Wenn ihr diese Kräfte und Mittel gewährt werden, welche in noch viel höherem Grade in ihrer eigenen Selbstständigkeit liegen und welche die Kirche am besten heben und stärken werden, wenn sie ihre wahren berechtigten Organe und Vertreter hat, dann wird es an der Zeit sein, diejenigen Forderungen an den Staat zu stellen, welche für die äußeren Bedürfnisse der evangelischen Kirche als nöthig erachtet werden. Nun, wenn Sie meinen Standpunkt nicht theilen, verwerfen Sie wenigstens vom allliberalen Standpunkte die gestellte Forderung. Regier.-Comm. Geh. Rath Lucasius bestreitet, daß die evangelischen Gemeinden keine Opfer für die Kirche mehr bringen wollten; im Gegentheil ergebe die auf Anordnung des Oberkirchenraths zweimal jährlich stattfindende Collecte für den Nothstand in der Kirche recht erfreuliche Resultate. — Der Antrag Goltberg wird abgelehnt.

Darauf wird die Debatte um 4 Uhr vertagt; nächste Sitzung Freitag 11 Uhr (Cultusstat und kleinere Gesetzentwürfe).

Berlin, 27. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Stadtgerichtsrath-Rathgeber-Inspector Ströbing hieselbst bei seiner Veretzung in den Ruhestand den Charakter als Rathgeber verliehen.

Dem Assistenten am anatomischen Institut der Universität zu Berlin, Dr. Wilhelm Dönitz, ist das Prädicat Professor verliehen worden.

Das 6. Stück des Reichs-Gesetzblatts enthält unter Nr. 909 das Gesetz, betreffend die Abänderung des Artikels 28 der Reichsverfassung, vom 24. Februar 1873; und unter Nr. 910 die Verordnung, betreffend die Einberufung des Reichstages, vom 26. Januar 1873.

Berlin, 27. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahmen heute die Vorträge des Militär-Cabinet, des Feldmarschalls Grafen v. Roon und des Generals v. Rameke entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] wohnte gestern der lutherischen Abend-Andacht im Dom zum Beginn der Passionszeit bei und besuchte das Kaiserin-Augusta-Erziehungs-Institut. (Reichsanz.)

○ Berlin, 27. Februar. [Zur Einberufung des Reichstages.] Die Eisenbahn-Concessionen. — Die Oberpräsidentalkellen. Es ist begreiflich, daß die Entscheidung über die Einberufung des Reichstages zu den eingehendsten Erörterungen Veranlassung gegeben hat. Es war im höchsten Grade wünschenswerth, daß die kirchenpolitischen Gesetze noch in der jetzigen Session des Landtages ihre Erledigung fanden, bei ihrer großen Wichtigkeit nicht nur für die innere Gestaltung des Staates, sondern auch für die Entwicklung der deutschen Verhältnisse. Andererseits durfte die Einberufung des Reichstages nicht weiter hinausgeschoben werden, da demselben die Erledigung höchst wichtiger Finanzfragen obliegen wird. So war es nicht zu vermeiden, daß der Reichstag und der Landtag gleichzeitig tagen. Die „National-Zeitung“ macht mit Recht darauf aufmerksam, daß eine mögliche Beschleunigung der Beratungen über die Gesetze auf kirchenpolitischem Gebiete statfinde, da in diesem Jahre, der bevorstehenden Neuwahlen wegen, auch das Hülfsmittel einer Wiederberufung im Herbst, fehle. Es tritt also die dringende Nothwendigkeit in den Vordergrund, die Grundlagen zwischen Staat und Kirche festzustellen, bevor die Agitationen für die neuen Wahlen beginnen. Ist erst einmal ein fester Boden in jener Beziehung gewonnen, so sind die Agitationen im regierungsfreundlichen Sinn lahm gelegt. — Die „Provinzial-Correspondenz“ hatte gestern angegeben, daß die Einberufung des Reichstages auf den 10. März festgesetzt sei, durch den „Reichs- und Staatsanzeiger“ ist nun der 12. März als Termin für die Eröffnung des Reichstages bekannt gemacht worden. Der Grund für diese Differenz in den beiden Angaben liegt darin, daß in den maßgebenden Kreisen zunächst der 10. festgesetzt worden war, und erst in zwölfter Stunde ist, nach Ueberreinkunft zwischen den betreffenden Körperschaften, der 12. März bestimmt. — Die „Norddeutsche Zeitung“ bringt die Nachricht, daß auf Antrag des Fürsten Bismarck das Staatsministerium sich dahin geeinigt habe, daß in Zukunft die Concessionen für den Bau neuer Eisenbahnen nicht mehr von dem Ressortminister, sondern von dem Gesamt-Ministerium ertheilt werden sollen. Diese Bestimmung wird im Publikum mit großer Befriedigung vernommen werden. Da es in diesem Verfahren eine größere Bürgschaft für die allseitigste, gewissenhaftesten Ermäßigungen finden wird. — Aus Posen wird gemeldet, daß der Präsident der Seehandlung, Günther, zum Ober-Präsidenten für dort ernannt worden sei; diese Nachricht ist vorläufig noch nicht richtig. Allerdings ist ein hoher in Berlin weilender

Beamter, für jenen Posten ausersehen, indessen steht es fest, daß die Ernennung der 4 neuen Ober-Präsidenten gleichzeitig erfolgen wird. Diese Angelegenheit ist aber noch nicht bis in das Stadium gelangt, in welchem die Entscheidung durch Se. Majestät erfolgt.

— Berlin, 27. Februar. [Vergütung für Kriegsteilnahme.] Die Zeitungssteuer. — Laster. — Pferdebesuche. Die Beratungen der Ministerialräthe der verschiedenen deutschen Justiz-Ministerien über die Gerichts-Organisationsvorlage sind jetzt beendet, der Entwurf hat wesentliche Veränderungen durch diese Beratungen nicht erfahren und wird nun eine zweite Ministerconferenz beschäftigen, welche in der nächsten Woche zusammentreten soll. — Der Reichskanzler hat dem Bundesrathe einen Gesetzentwurf über die Kriegsteilnahme unterbreitet, welcher diese wichtige Materie in 32 Paragraphen ordnet. Der Entwurf bestimmt im § 1: „Von dem Tage ab, an welchem auf Befehl des Kaisers die bewaffnete Macht ganz oder theilweise mobil gemacht wird, tritt für das Bundesgebiet die Verpflichtung zu allen Leistungen für Kriegszwecke nach den Bestimmungen dieses Gesetzes ein.“ — § 2. Diese Leistungen sollen nur in so weit in Anspruch genommen werden, als für die Beschaffung der Bedürfnisse nicht anderweitig gesorgt werden kann. Für dieselben ist, soweit nicht das gegenwärtige Gesetz ein Anderes bestimmt, Vergütung aus Reichsmitteln zu gewähren. Die §§ 3 bis 15 enthalten die Bestimmungen über die Kriegsteilnahme der Ortsgemeinden. Die §§ 16 bis 18 betreffen die Landlieferungen, die §§ 19 bis 21 gemeinshaftliche Bestimmungen über die Zahlung der Vergütung für die außergewöhnlichen Leistungen aus der Kriegskasse; für alle übrigen Kriegsteilnahmen durch Ausstellung von Auerkenntnissen, deren Einlösung u. Die §§ 23 und 24 enthalten besondere Bestimmungen bezüglich der Beschaffung von Schiffen und Fahrzeugen. Die §§ 25 bis 27 betreffen die Beschaffung der Mobilmachungsperde, die §§ 28 bis 31 die besonderen Bestimmungen hinsichtlich der Eisenbahnen und § 32 endlich die Schlussbestimmung, daß der Zeitpunkt des wiedererlangten Friedenszustandes, womit die Leistungspflicht nach Maßgabe dieses Gesetzes aufhört, durch kaiserliche Verordnung festgestellt und im Reichsblatte bekannt gemacht wird. — In den Motiven ist ausgeführt, daß mit Ausnahme von Bayern und Württemberg bis jetzt im ganzen Bundesgebiet das preussische Gesetz vom 11. Mai 1851 maßgebend ist. Der Gesetzentwurf strebt einerseits die Herstellung der Rechtseinheit für diese Materie an, sowie gleichzeitig die Herbeiführung mehrerer nach den gemachten Erfahrungen sich empfehlender Abänderungen und Ergänzungen des bisherigen Kriegsteilnahme-Gesetzes. In letzterer Beziehung sind Härten vermieden, Unklarheiten beseitigt, die Marine-Interessen besonders berücksichtigt und die veränderte Kriegsführung, sowie die Umgestaltung der Verhältnisse maßgebend gewesen. Es ist namentlich daran festgehalten worden, daß erstens im Kriegsfalle für die Bedürfnisse der bewaffneten Macht durch Naturalleistungen Sorge zu tragen ist, soweit dies nicht in anderer Weise geschehen kann; zweitens die Leistungspflicht nicht den Individuen, sondern den Communal-Verbänden aufzulegen, erforderlichenfalls mit der Befugniß, sich nöthigenfalls zwangsweise in den Besitz der einzelnen Gegenstände der Leistungen zu setzen; drittens, daß gewisse Kategorien von Leistungen von der Vergütung aus Reichsmitteln auszuscheiden sind, für die übrigen eine Entschädigung zwar vorzusehen, aber in der Regel nur nach Durchschnittssätzen und in vergünstigten, nach Maßgabe der verfügbaren Mittel einzulösenden Auerkenntnissen; viertens endlich, daß der Kreis der Leistungen, welche von dem örtlichen Communal-Verbande geleistet werden dürfen, gesetzlich nicht zu fixiren, vielmehr von dem Bedürfnisse der Kriegsführung abhängig zu machen ist. — Der Abgeordnete Bernards hat, unterstützt von der Centrums-Fraktion einen eigenen Antrag wegen Aufhebung der Zeitungs- und Kalenderstempelsteuer eingebracht. Mehrfache Anzeichen sprechen dafür, daß die Regierung in dieser Frage vor Ablauf dieser Session endlich ihre völlig unhaltbare Stellung in dieser Frage aufgeben und den Wünschen des Landtages entgegen kommen wird. — Der Abg. Laster ist in Folge von Ueberanstrengung erkrankt und wird für die nächsten Tage das Bett hüten müssen. — Der Abg. Donald hat folgende Interpellation eingebracht: „Nach glaubwürdigen Zeitungs-nachrichten ist die amerikanische Pferdebesuche über den Ocean verschleppt in England zum Ausbruch gekommen. Ich richte an die königliche Regierung die Frage: 1) Hat sie auf offiziellem Wege schon Kenntniß davon? 2) Ist schon in Erwägung genommen, welche Maßregeln gegen die Verschleppung der Seuche nach dem Continent bezw. nach Deutschland und Preußen rechtzeitig zur Anwendung zu bringen sind?“ Diese Interpellation wird noch im Laufe dieser Woche im Abgeordnetenhaus zur Berathung kommen und wohl von dem landwirthschaftlichen Minister beantwortet werden. — Aus Anlaß einer Petition an den Bundesrat hat dessen Handelsausschuß den Reichskanzler ersucht, dahin zu wirken, daß für Befreiungen über den Besitz der Staats- und Bundesangehörigkeit an Stempelabgaben und Ausfertigungsgebühren in keinem Staate mehr als höchstens ein Thaler erhoben wird.

Dresden, 27. Februar. [Ober-Proprediger.] Von dem „Dresdener Journal“ wird gemeldet, daß glaubwürdiger Mittheilung zufolge die demnächstige Wiederbesetzung der — seit dem Tode des Dr. Lieber erledigten — Stelle eines evangelischen Oberpropredigers durch den hiesigen Superintendenten und Consistorialrath Dr. Rohlfshütter bevorstehe.

Stuttgart, 27. Februar. [Die Königin-Mutter.] Nach dem heute über den Krankheitszustand der Königin-Mutter ausgegebenen Bulletin war die Nachtruhe durch starke Beklemmungen und leichtes Phantasiren gestört worden, indess trat gegen Morgen Besserung ein.

Deutsche Reich.

Pest, 27. Februar. [Das Budget.] Die von einigen Zeitungen gebrachte Nachricht von einer bevorstehenden Erhöhung des gemeinsamen Reichsbudgets ist dem „Pesti Naplo“ zufolge unbegründet. Das Ordinarium des Budgets bewege sich vielmehr innerhalb der Grenzen des vorjährigen, als Normalbudget bezeichneten Kriegsbudgets und der im Extraordinarium ausgeworfene Mehrbedarf erreiche auch nicht im Entferntesten die von den Zeitungen angegebenen Zahlen.

Spanien.

Madrid, 24. Febr. [Das Armee-Gesetz.] welches die militärische Organisation des Landes so ziemlich nach preussischem Muster regelt, hat eine kurze Lebensdauer gehabt. Die Republik schützte sich verpflichtet, ihrer eignen strengen Forderung: keine Aushebung mehr! Genüge zu leisten, und so hat Spanien wieder auf ganz veränderter Grundlage ein neues Wehr-Gesetz erhalten, welches man annähernd als eine Verschmelzung des englischen und des preussischen Systems bezeichnen könnte. Englich ist die Anwerbung der activen Armee, preussisch die allgemeine Wehrpflicht, diese jedoch beschränkt auf die Reserve. Nach dem Gesetz, wie die amtliche Zeitung es veröffentlicht, wird die Zifferstärke der activen Armee jährlich durch Gesetze festgesetzt, und die Ergänzung geschieht durch Anwerbung freiwilliger Soldaten im Alter von 19 bis 40 Jahren, denen ein täglicher Sold von 8 Sgr. gewährt wird. In jeder Provinzial-Hauptstadt wird eine Verbercommission eingerichtet. Jeder Soldat verpflichtet sich auf mindestens 2 Jahre, wenn er sich wieder anwerben läßt, auf 1 Jahr. Die Verberanwerbung kann bis zur Dienstfähigkeit

fortgesetzt werden; bei letzterer tritt Pensionirung ein. Auf die Größe wird keine Rücksicht genommen, wenn nur die nöthige Körperstärke vorhanden ist. Der Dienst in der Reserve dauert drei Jahre. Zur Mobilisirung der Reserve in einer bestimmten Provinz bedarf es nur eines Regierungsbefehls; zur vollständigen Mobilisirung eines Gesetzes. Befreit von dem Dienst in der Reserve sind nur die in die active Armee eingetretenen; alle übrigen jungen Leute treten mit dem 21. Jahre in die Reserve, auf Wunsch und bei genügender Körperstärke auch schon mit dem 18. Jahre. Im ersten Jahre bleiben die Reservisten in den Reservcadres, um die militärische Ausbildung zu empfangen. In den zwei folgenden Jahren werden sie nur auf der Liste geführt und bloß im Kriegsfalle, wenn der erste Jahrgang nicht ausreicht, kraft Gesetzes unter die Waffen berufen. Wenn die Zahl der freiwillig Angeworbenen nicht genügt, um die Zifferstärke der activen Armee zu erreichen, kann die Regierung die Reserve mobilisiren. In der Zwischenzeit bis zur Durchführung der neuen Bestimmungen hat die Regierung das Recht, bei Rufbefehlen die nach dem Gesetze vom 29. März 1870 eingerichtete erste Reserve einuberufen, deren Mitglieder alsdann den Lohn der frei angeworbenen Soldaten beziehen. Die zweite Reserve des eben genannten Gesetzes wird sofort abgeschafft. Die Uebergangsbestimmungen besagen, daß die augenblicklich in der Armee dienenden freiwillig Angeworbenen die Zeit ihrer Verpflichtung auszuhalten haben. Das neue Gesetz enthält bedeutende Lücken, so z. B. ist kein Wort davon gesagt, in welcher Weise die etwa nothwendig werdende Ergänzung der ziffermäßig nicht vollständigen activen Armee durch die Heranziehung der Reserve erfolgen soll. Die verhasste Auslösung ist abgeschafft; wie sollen aus etwa 100,000 Reservisten die 10,000 ausgewählt werden, welche vielleicht zur Ausfüllung der activen Armee nöthig werden? Die Frage ist nicht unwesentlich, denn es handelt sich hierbei um das Princip, welches dem neuen Gesetze zu Grunde liegt. Schlimm genug ist es für das Land, daß eine gänzliche Umgestaltung des Heerwesens in einer Zeit vorgenommen werden soll, welche eine feste, compacte Armee und keine fluctuirenden bewaffneten Haufen erfordert.

[In der Untersuchung wegen des Mordversuchs,] der im vorigen Jahre in der Calle del Arenal gegen den König Amadeus und seine Gemahlin gemacht wurde, ist jetzt endlich, gewiß spät genug das Urtheil gesprochen worden. Einer der Angeklagten, Jose Pastor, ist zum Tode verurtheilt die übrigen fünf in Freiheit gesetzt worden. Das Todesurtheil wird unter der Republik natürlich nicht ausführt werden, auch wenn Don Amadeo nicht in seinem Abdanke-Schreiben seine Führlie für die Verbrecher eingelegt hätte. Es wird nur von Interesse sein, zu erfahren, ob die Republik den Verurtheilten für einen republikanischen politischen Verbrecher hält und ihm deshalb die Freiheit schenkt. Ein solcher Präcedenzfall würde schwerlich seiner ähnl. Nachwirkungen ermangeln. Ist es doch jetzt schon kaum zu verwundern, daß die Sträflinge des Zuchthauses in Valencia eine „junta revolucionaria directora de la conspiracion“ eingesetzt haben, also ein „Revolutions-Comite“, welches die Verschwörung gegen die Gefängnißbehörden und Wachen leiten soll. Die Verschwörung ist glücklicher Weise noch früh genug entdeckt worden, so daß der Gouverneur die Wache zu verstärken im Stande war, ehe die Befehle der Lehre „Eigenthum ist Diebstahl“ aus dem Gefängnisse ausbrechen und als freie Apostel ihres Glaubens das Land durchziehen konnten.

Großbritannien.

E. C. London, 24. Februar. [Vom Hofe.] Die Königin gedenkt am Donnerstag von Windsor nach London zu kommen, hier in Buckingham Palace sich bis zum Sonnabend aufzuhalten und dann nach Windsor zurückzukehren.

[Die irische Universitätsvorlage] wird fortwährend stark, aber mit Zurückhaltung erörtert. In Irland zerren Katholiken wie Protestanten mit gleichem Eifer an einzelnen Detailpunkten herum, durch welche sie sich geschädigt oder die Gegner bevorzucht glauben. Wenigstens geben sie sich den Anschein, als sei es ihnen damit Ernst. Die Versammlung der conservativen Parteihäupter hat, wie es scheint, noch zu keinem bestimmten Ergebnis geführt. Daß die Opposition mit dem ministeriellen Vorschlage nicht einverstanden ist, versteht sich von selbst, doch deuten die Anzeichen darauf hin, daß man den einzelnen Mitgliedern die Hände frei lassen möchte.

[Graf Schuwaloff.] Dem „Daily Telegraph“ wird aus Berlin telegraphirt: Es heißt in St. Petersburg, daß Graf Schuwaloff an Stelle des Barons Brunnow als Botschafter in London werde angestellt werden; es heißt ferner, Fürst Gortschakoff schlage vor, daß die Ordnung der Details bezüglich der afghanischen Grenzfrage einer speciellen diplomatischen Commission von Vertretern Russlands und Englands anvertraut werden solle. Man glaubt im russischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, daß Rhina nachgeben und so die beabsichtigte Expedition unnöthig machen werde.

[Gegen Einkommensteuer.] In einer Sitzung der vereinigten Handelskammern wurde mit 42 gegen 13 Stimmen ein Antrag zu Gunsten einer gänzlichen Aufhebung der Einkommensteuer angenommen. Als Gründe werden angeführt, daß eine solche Besteuerung unpolitisch im Principe sei, auch nicht mit nur annähernder Gerechtigkeit und Billigkeit ausgeführt werden könne und sehr lästig und empörend sei. Es wird in der Resolution empfohlen, durch Deputationen an den Schatzkanzler, besonders durch Petitionen an das Parlament oder sonstige Mittel dahin zu wirken, daß die Einkommensteuer aufgehoben werde.

[Die große Pferdefrage.] ob das englische Ross im Ganzen genommen sich verschlechtert oder gebessert habe, seit die Rennpassion so mächtig um sich gegriffen hat, und die weitere Frage, ob die Zahl der Pferde für die Bedürfnisse des Landes ausreicht, ist schon seit mehreren Jahren in den Kreisen der Sportliebhaber und in den Spalten der Fachblätter, sowie der übrigen Presse erörtert worden. Durch die Ernennung des Sonderauschusses zur Untersuchung der ganzen Angelegenheit tritt die Erörterung indessen in ein neues Stadium. Es war bezeichnend für das allgemeine Interesse, welches die Frage in Anspruch nimmt, wie die Lords sich um Ernennung zu dem Ausschusse bemühten. Außer den Bischöfen haben nur einige wenige Peers sich nicht mündlich oder schriftlich dem Lord-Kanzler gegenüber bereit erklärt, an der Untersuchung Theil zu nehmen. Die Lücke des Ausschusses weist denn auch eine glänzende Reihe von Namen auf. Neben dem Herzog von Cambridge und dem Herzog von Richmond sind drei Marquis, sechs Counts, zwei Viscounts und drei Barone darunter, und wie es heißt, hat der Thronerbe selbst den Wunsch ausgedrückt, mit von der Partie zu sein. Das Material strömt massenhaft zu. Der General-Director der „General-Omnibus-Company“ erklärt heute in einem Briefe an die „Times“, daß im Hauptpunkte, nämlich hinsichtlich der Arbeitsperde, das Angebot in den letzten Jahren allerdings hinter der Nachfrage zurückgeblieben sei. Da die genannte Gesellschaft in den letzten 12 Jahren 22,024 Pferde für ihren Geschäftsbetrieb angekauft hat, so ist diese Summe als Autorität zu betrachten. Nach einer mitgetheilten Tabelle betrug in den Jahren 1861 und 1862 der Durchschnittspreis für die Pferde der Gesellschaft etwas über 25 Pfund, in den folgenden sechs Jahren behauptet er sich auf 23 Pf. 10 Sh., um im Jahre 1870 auf 24 Pf. 3 Sh. 8 D., 1871 auf 23 Pf. 8 Sh. 5 D. und 1872 auf 32 Pf. 17 Sh. 8 D. zu steigen. Allein abgesehen vom hohen Preise gna im Jahre 1871 das Angebot fast ganz aus, und seitdem hat die Gesellschaft fast ihren ganzen Pferdebedarf aus Frankreich entnommen, während gleichzeitig manche englische Pferdehändler, gerade weil sie keine Pferde mehr in England aufzutreiben vermochten und im Auslande das Geschäft nicht verstehen, den Handel aufgegeben haben.

[Zur Mission Sir Bartle Frere's.] Aus Zanzibar wird vom 13. Februar gemeldet, daß Sir Bartle Frere sich am 15. Februar auf der

„Enchantress“ und in Begleitung des „Briton“ in speciellem Auftrage nach Mozambique begeben und von dort am 8. März nach Zanzibar zurückkehren wollte.

Vor einer unter dem Vorsitz des Lord Mayors abgehaltenen Versammlung des im vorigen November auf der Anti-Sklaverei-Conferenz gebildeten Ausschusses wurden zwei Mittheilungen über den bisherigen Verlauf der Mission Sir Bartle Freres vorgelesen. Ueber den Empfang in Zanzibar und die Ausichten bei dem dortigen Sultan ist schon früher berichtet worden, und es genügt daher, den Inhalt des zweiten offiziellen Schreibens, das über den Empfang beim Scheibehandelt, wiederzugeben. Nachdem Sir Bartle Frere dem Vicekönig von Aegypten den Zweck seiner Reise auseinandergesetzt hatte, dankte der Scheibehandelt und wünschte den besten Erfolg. Er bemerkte, daß, wenn der öffentliche Verkauf von Sklaven in Zanzibar verboten würde, der Handel wohl bald aussterben werde, doch glaubt er kaum, daß der Sultan die Macht dazu habe. Zu dem Sklavenhandel in Aegypten übergehend, so läugnete der Scheibehandelt das Vorhandensein desselben keineswegs, erklärte jedoch, daß diesem sehr große Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden seien, und daß kaum 400 Sklaven jährlich in Aegypten verkauft werden. Es müsse indessen, meinte der Vicekönig, ein Unterschied zwischen Sklavenhandel gemacht werden und dem Gebrauch der Sklaven zu häuslichen Zwecken. Letzteren könne er als mahomedanischer Fürst, da dieser Gebrauch so unendlich lange schon existirt, nicht ohne Weiteres abschaffen, dagegen glaube er mit der moralischen Unterstützung Großbritanniens dem Sklavenhandel in Mittelafrica ein Ende machen zu können. Seine Regierung habe schon große Kosten auf sich geladen durch die Expedition des Sir S. Baker, welche den Sklavenhandel am Weißen Nil bereits bedeuend niedergehalten habe. Er habe ferner, sagte der Scheibehandelt, um auch einen Schritt zur Abschaffung der Sklavenarbeit im Hause zu thun, in Kairo eine Schule gegründet, in welcher arme Mädchen die jetzt von den Sklaven verrichteten Hausarbeiten lernen sollen, da er wohl wisse, daß die Anwendung der Sklaven nicht früher aufhören könne, als bis entsprechende freie Arbeit geboten werde. Jedenfalls könne die Abschaffung der Sklaverei in den ägyptischen Häusern nur sehr allmählig vor sich gehen. Der Vicekönig beantragte für sich die Anerkennung, daß Aegypten unter seiner Regierung das civilisirteste Land im nördlichen Afrika geworden sei. Das gab Sir Bartle Frere zu und erklärte, daß seit 1834, in welchem Jahre er Aegypten zum ersten Male gesehen, dieses Land wesentliche Fortschritte gemacht habe.

A. A. C. London, 25. Februar. [Das Oberhaus] beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung nur mit unwichtigen Dingen.

[In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] bildete das Exposé des Kriegsministers über die Armeegats das Hauptgespräch. Vorher erkundigte sich Sir J. St. Johnstone beim Premier, ob die Regierung willens sei, in Gemeinschaft mit den Regierungen von Rußland und Cabul die Grenzen Afghanistan durch aktuelle Vermessung und Prüfung zu präcifizieren. Glashoven erwiderte: „Ich fürchte, daß es nicht leicht sein würde, eine combinirte trianguläre Vermessung der Grenzen der afghanischen Staaten zwischen Rußland, England und Cabul herbeizuführen. Ich mag auch darauf hinweisen, daß es kaum möglich ist, in Mittelasien Grenzen so genau wie in durch und durch civilisirten Ländern festzustellen. Wir glauben indessen, daß die ganze Sache durch die That, daß die vorgeschlagene Grenze eine Fiktionslinie ist, von jeder thatsächlichen Schwierigkeit befreit werden wird. Chichester Fox erwiderte, der Präsident des Handelsamtes, erklärte in Erwiderung auf eine desfallsige Interpellation S. B. Smith's, daß eine Vorlage über metrische Gewichte und Maße, wenn eine solche von der Regierung eingebracht wird, nicht vorzuziehen für die Herstellung eines Systems im Wege des Zwanges einfallen, sondern dessen optionelle Anwendung in England legalisiren würde. Da aber die Frage mit beträchtlicher Meinungsverschiedenheit verknüpft sei, könnte die Regierung die Einbringung einer solchen Vorlage in dieser Session nicht vorbringen. Smith kündigte hierauf an, daß er selber eine Maßregel für die Herstellung eines metrischen Systems für Gewichte und Maße einbringen werde. Zunächst lenkte Oberst Barttelot die Aufmerksamkeit des Hauses auf die lange Dienstzeit der Regimenter in Indien und verknüpfte damit einen Antrag zu Gunsten einer Kürzung des bisherigen Zeitraumes von 12 Jahren. Er erwähnte wie Capitän Talbot, welcher den Antrag unterstützte, bestritt diese Maßregel aus Gründen der Humanität und Rathsamkeit. Der Kriegsminister Cardwell sprach gegen den Antrag und erklärte denselben mit Rücksicht darauf, daß die Sterblichkeit der Armee in Indien sich seit einigen Jahren wesentlich verringert habe und unter 2 pCt. gefallen sei, für verfrüht. Ueberdies blieben die Regimenter selber nicht 12 Jahre in Indien, sondern nur deren Hauptquartiere. Oberst Barttelot zog hierauf seinen Antrag zurück.

Der Kriegsminister Cardwell ging alsdann, nachdem sich das Haus als Comité constituirt hatte, an das Exposé des Militär-Budgets. Er begann damit, daß der Gesamtbetrag, welchen das Kriegsministerium dieses Jahr fordert, 44,416,400 Pfd. St. beträgt, was gegen das Jahr vorher eine Ersparnis von 408,000 Pfd. St. ergibt. Wären die hohen Preise von Kohlen, Kleidungsstücken, Provision u. s. w. nicht gewesen, so würden sich die Ersparnisse des Jahres unbedingt verdoppelt haben. Das Heer besteht gegenwärtig aus 125,000 Mann regulärer Truppen, 129,000 Mann Militz, 13,000 Mann Landgendarmen (Yeomanry), 160,750 Freiwilligen, einer ersten Armeereserve von 100,000 Mann und einer zweiten Armeereserve von 25,000 Mann, im Ganzen aus 462,754 Mann, von denen 416,833 für den Dienst im Inlande bestimmt sind. Die Rekrutierung machte im verflossenen Jahre nur langsame Fortschritte und ihr Ertragniß zeigt eine beträchtliche Abnahme gegen frühere Jahre. Hand in Hand damit gingen sehr zahlreiche Desertionen, deren Gesamtzahl sich auf 4000 belief. Beide Uebelstände schreibt der Minister dem jetzigen Stande des Arbeitsmarktes zu. Viel neue Reformen enthalten die Vorschläge des Kriegsministers nicht. Von Wichtigkeit ist die Erreichung eines dem Stabe des Commandeur en chef attachirten Chefs des militärischen Intelligenz-Departements, dessen Pflicht es sein wird, dem Commandeur en chef jede topographische, statistische und andere Information, die er brauchen sollte, zu liefern. Mit diesem Posten ist ein Gehalt von 1200 Pfd. St. pro annum verknüpft. Ein weiterer Vorschlag des Kriegsministers erhöht das Tractament der Soldaten der regulären Armee, das jetzt nach allen Abzügen 10 1/2 D. per Tag beträgt, auf 1 Sh. per Tag, eine Maßregel, deren Kosten sich auf 197,000 Pfd. St. pro annum belaufen. Am Schlusse seiner Rede kündigte der Minister eine Wiederholung der Herbstmanöver in diesem Jahre an, aber ob dieselben in dem großen Maßstabe des vorigen Jahres oder in kleinerem Maßstabe gleichzeitig in Irland, im Norden von England und in Dorchester stattfinden würden, ist noch nicht entschieden. Auf Sir J. Pakington's Antrag wurde die Debatte über die Militär-Gats bis Donnerstag vertagt. — John Bright erschien gestern zum ersten Male in dieser Session auf seinem Platz im Unterhause, verweilte daselbst aber nur kurze Zeit.

[In Birmingham] tagte gestern eine Konferenz von Delegirten der „Home-Rule“-Vereine in Großbritannien zu dem Zwecke der Bildung einer Conföderation dieser Vereine und der formellen Annahme der Principien der irischen „Home-Rule“-Organisation. Es fanden drei Meetings statt, welchen Isaac Butt, das Haupt der „Home-Rule“-Partei, Sullivan, der bekannte Redacteur der in Cork erscheinenden nationalirischen „Nation“, und Pater Scherlock präsidirten. Die gedachte Föderation wurde durch einen einstimmig angenommenen Beschluß gebildet und bekannte sich zu den Principien der „Home-Rule“, die bekanntlich in erster Reihe die Verwaltung der nationalen Angelegenheiten Irlands einem in Dublin verammelten Parlament übertragen wissen wollen.

[Sennor Castelar] hat an seinen Freund Arthur Arnold in England den nachstehenden Brief gerichtet:

„Ministerium für auswärtige Angelegenheiten.

Madrid, 19. Februar 1873.

Mein lieber Herr Arnold! Ich habe mit großem Vergnügen die in Ihrem Briefe vom 13. d. ausgedrückten guten Wünsche empfangen. Ich freue mich sehr, zu wissen, daß unsere Regierung die Sympathie aller Klassen in England besitzt, und Sie mögen versichert sein, daß sie alles thun wird, was möglich ist, um dieselbe zu verdienen. Die Republik ist durch die unerschütterliche Bogel der Ereignisse hergestellt worden und wir beabsichtigen, dieselbe durch sorgfältiges Verfahren zu erhalten. Seit unserer letzten Revolution haben wir den größeren Theil der Principien des Volkstheums erungen. Wir haben es also heute nur zu entwickeln und in der Form einer friedlichen Republik zu organisiren. Um dies zu vollbringen, bedürfen wir vollständiger Ordnung im Inlande mit Sympathie vom Auslande, und ich bin gewiß, daß zur Erzielung derselben Ihre gute Freundschaft mir bei dieser Gelegenheit nicht fehlen wird. Ich grüße Sie, mein theurer Freund, sehr aufrichtig. Emilio Castelar.

[Zum Strike in Süd-Wales.] Die Hoffnung auf eine Beilegung des langwierigen Streikes in Süd-Wales ist wider zu nichte geworden. Die Unterhandlungen, welche dieser Tage zwischen Arbeitern

und Grubenherren in Dowlais angeknüpft wurden, haben sich wieder Erwarten zerschlagen. Das gestern in Merthyr abgehaltene Meeting der Arbeiter hatte zum Resultat, daß die Bedingungen der Grubenbesitzer einstimmig verworfen wurden. Gleichzeitig wurde beschlossen, eher keine weiteren Versammlungen zu halten, bis solche von den Arbeitgeberern selber einberufen worden seien. Dieses neue Flacoe der Unterhandlungen hat die Stadt Merthyr in einen Zustand großer Verzweiflung versetzt und die Krümer sehen der Zukunft mit Entsetzen entgegen. Die wenigen Arbeiter, die bis jetzt noch beschäftigt waren, sind entlassen worden, und es ist wahrscheinlich, daß in wenigen Tagen das Feuer im letzten Schmelzofen ausgelöscht werden wird.

[Zur Kohlennoth in England] schreibt der „Manchester Examiner“: „Im ganzen Kohlenfeld von Lancashire, eines der bedeutendsten im Lande, herrscht jetzt ein Stand der Dinge, der sicherlich in der Vergangenheit keine Parallele hatte. Alle die Kohle wird in dem Moment, da sie die Oberfläche erreicht, absorbiert, und hunderte von Waagons warten ihre Reihe, ab um gefüllt zu werden. Mit der zunehmenden Knappheit sind die Preise allmählig gestiegen, bis jetzt Kohle, die vor einigen Jahren von den Grubenbesitzern mit Vergnügen zu 4 Sh. pro Tonne verkauft wurde, über 20 Sh. pro Tonne erzielt. Dieser Stand der Dinge fängt nun an, seine natürliche Wirkung auszuüben. Gruben, die seit Jahren geschlossen waren, weil sie nicht mit Nutzen exploirt werden konnten, werden wieder eröffnet. Alle betriebsamen Säume werden in Wirklichkeit gebracht und, was wichtiger ist, es werden werden neue Schächte gebohrt. Die Grubenbesitzer wenden auch den Kohlen-schneidemaschinen größere Aufmerksamkeit zu und mehrere derselben sind jüngst in den Kohlengruben von Lancashire eingeführt worden.“

[In Nottingham] fand am Montag Abend eine große Kundgebung gegen die hohen Kohlenpreise statt. In Saiton-market bildete sich eine große Procession, die, ein Blechmüllcorps und ein Banner mit der Aufschrift: „Erfrigerungsstod! Hütet Euch vor Kohlengrubenbesitzern bei den nächsten Wahlen!“ voran, nach dem großen Marktplatz zog. In dem Zuge wurde auch ein leerer Feuerrost getragen. Dort wurde ein Monstre-Meeting abgehalten, dem 8–10,000 Menschen anwohnten. Mehrere Handwerker hielten Reden, und ein Antrag gelangte zur Annahme, welcher das Verhalten der Grubenbesitzer als unemselich tadelte, und an das Parlament behufs Niederlegung einer Commission zur Untersuchung über die Ursachen der jetzigen hohen Kohlenpreise appellirte. Ein ähnliches Meeting fand in Cambridge unter dem Vorsitz des Bürgermeisters statt, auf welchem eine öffentliche Subscription eröffnet wurde, um den Armen der Stadt Kohlen zu billigerem Preise zu liefern.

Provincial-Beitrag.

H. Breslau, 27. Febr. [Vorschußverein des Breslauer Landkreises.] Nach dem in der heute abgehaltenen Generalversammlung erstatteten 6. Jahresbericht zählt der Verein gegenwärtig 156 Mitglieder. Die Guthaben derselben betrugen am 1. Januar c. 5829 Thlr. 28 Sgr. An fremden Capitalien waren aufgenommen 101,200 Thlr., wovon 78,000 Thlr. zurückgezahlt wurden; die Zinsen dafür beliefen sich auf 719 Thlr. 11 Sgr. 3 Pf. Die Spareinlagen erreichten bis zum 1. Januar c. zuzüglich zugeschiebener Zinsen 17,931 Thlr. 24 Sgr. 1 Pf. Vorschüsse standen aus am 1. Januar d. Z. 33,900 Thlr., neue Vorschüsse und Prolongationen wurden gewährt 154,435 Thlr., hiervon 145,010 Thlr. zurückgezahlt, so daß am 1. Januar d. Z. 43,325 Thlr. ausstanden. An Zinsen wurden 2491 Thlr. 29 Sgr. 1 Pf. eingekommen, ausgegeben 1404 Thlr. 2 Sgr. 3 Pf.; ferner sind 107 Thlr. 20 Sgr. an Zinsen für erst im Jahre 1873 fällige Vorschüsse zu revidiren, so daß pro 1872 ein Zinsenüberschuß von 980 Thlr. 6 Sgr. 10 Pf. verbleibt, wozu noch 30 Thlr., welche anderweitig vereinnahmt wurden, treten. Hiervon gehen die Verwaltungskosten mit 560 Thlr. 21 Sgr. 11 Pf. und 12 Thlr. 28 Sgr. auf Abschreibung auf das Utenilien-Gonto ab, so daß ein Reingewinn von 547 Thlr. 23 Sgr. 11 Pf. verbleibt. Hier-von sollen 47 Thlr. 23 Sgr. 11 Pf. zum Reservefonds, 125 Thlr. als statutenmäßige Lantime an den Vorstand und Auschuß und 279 Thlr. oder 6 pCt. als Dividende an 93 berechnete Mitglieder zur Vertheilung kommen. Die Gesamt-Einnahme und Ausgabe balancirt mit 254,523 Thlr. 29 Sgr. 3 Pf. — Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Zu Auschußmitgliedern wurden gewählt die Herren Kupich, Rionta, Franke, Staroste und Schauder.

H. Breslau, 27. Februar. [Bezirksverein der südöstlichen Vorstädte.] Auf der Tagesordnung der für gestern Abend anberaumten Versammlung des Vereins, welche in Vießch's Lokal auf der Gartenstraße abgehalten wurde, stand zunächst die Neuwahl des Vorstandes. Der Vorsitzende, Oberamtmann Kempner, leitete dieselbe durch einen Rückblick auf die Thätigkeit des Vereins im verflossenen Jahre ein, wobei derselbe freilich constatiren mußte, daß der Verein im ganzen Jahre nur zwei schwach besuchte Sitzungen abgehalten hat. Die dadurch nahe gelegte Frage, ob es nicht unter solchen Verhältnissen angemessen sei, den Verein überhaupt aufzulösen, sei, bemerkte der Vorsitzende, von dem Vorstande troßdessen in verneinendem Sinne entschieden worden. Man habe sich dabei von der Ansicht leiten lassen, daß der Fortbestand des Vereins immerhin nützenswerth erscheine, auch wenn derselbe eine regere Thätigkeit nicht entwickle, da er einem Theile der Bürgerchaft Breslaus die einzige Gelegenheit biete, seine Meinung über communale Fragen von größerem allgemeinem Interesse zum Ausdruck zu bringen. In gleichem Sinne habe man sich auch in anderen Bezirken ausgesprochen. — Die Versammlung trat dieser Ansicht bei und erklärte sich demgemäß für die Vornahme der Vorstandswahl. Dieselbe erfolgte durch Akklamation, bei welcher der bisherige Vorstand pure wiedergewählt wurde. Derselbe besteht demnach auch für das nächste Jahr aus den Herren Oberamtmann Kempner, Rm. Ropych, Rm. Färthheimer, Rm. Joachimssohn, Redacteur Dr. Giskner, Partikulier Groche, Rm. Grundmann, Dr. Bujatowski, Director Dr. Honigmann, Partikulier Peudert, Rm. Schierer, Rm. Leichmann, Statistiker Simson, Stadtrath Jörn und Rm. Haber. — Die demnach folgende Discussion über die „Verwandlung der Leichäder in einen Park“ wurde von dem Vorsitzenden durch eine eingehende Darlegung der Sachlage eingeleitet. Sämmtliche Redner erklärten sich dafür, daß Seitens der städtischen Behörden möglichst bald die erforderlichen Schritte zur Verwirklichung des Projectes geschehen möchten; der Vorstand wurde beauftragt, eine Petition in diesem Sinne an Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung zu richten. — Der dann noch auf der Tagesordnung stehende Gegenstand, die Canalisationsfrage, mußte vertagt werden, da der Referent für denselben am Ercheiren verhindert worden war. — Schließlich wurde der Vorstand auf Antrag des Herrn Freund noch ersucht, in Zukunft während der Wintermonate zum Mindesten alle vier Wochen eine Vereinsitzung anzuberaumen.

F. Frankenstein, 27. Februar. [Betrug. — Schulsache.] Ueber die unterm 20. d. M. gemeldete Betrügerei eines jungen Mädchens ist zu berichten, daß erstere von einer Tochter des Arbeiters Grindel aus Larnau hiesigen Kreises verübt worden ist. Das Mädchen hat bereits vor mehreren Jahren wegen wiederholter Brandstiftung Strafen erlitten und nach deren Verbüßung die nächsten Kreise vagabondirend durchwandert. So hat sie vor Kurzem auch Freiburg besucht und auch dort Betrügereien ausgeführt. — An hiesiger katholischen Stadtschule sind noch drei Schulschwärzer in Thätigkeit; dieselben müssen beibehalten werden, weil Lehrer fehlen sollen. Es ist jedoch nicht erinnerlich, ob diese Stellen je ausgeschrieben worden sind. Wenn dies bisher nicht geschehen, so muß doch einmal der Versuch gemacht werden.

△ Krieg, 26. Februar. [Tagesnachrichten.] Der umfangreiche Betrieb der Lederfabrik der Gebrüder Moll führt auch einen sehr großen Wasserverbrauch herbei. Da nun diese Fabrik wegen ihrer Lage jenseits der Oder nicht durch das städtische Wasserwerk mit Wasser versorgt werden kann, so haben die städtischen Behörden dem Gesuch der genannten Fabrikbesitzer nachgegeben und diesen gestattet, für sich am rechten Oberufer der Stadt ein Wasserwerk zu erbauen. Ob dann nach Erbauung desselben dieses später auch anderen Bedürfnissen und Anträgen werde Befriedigung verschaffen können, wie von mancher Seite vermutet wird, muß die Zukunft lehren. — Dem Polizei-Inspector André haben die städtischen Behörden 50 Thlr. als Beihilfe zu seinen Kurkosten, dem Gasinspector Förster eine Erhöhung seines baaren Gehaltes von 650 auf 700 Thlr. und dem Polizei-Assistenten Nawe eine Remuneration von 15 Thlr. bewilligt. Die vom Magistrat beantragte Entschädigung für die Wittve Giese von 25 Thlr. hat aber die Stadtverordneten-Versammlung auf 50 Thlr. erhöht.

Substationen im März.

Regierungsbezirk Breslau.
Gr.-Maffelwisch, Grundstück Nr. 31, 11. März, 10 U., Rr.-Ger. Breslau.
Stuhlfeld, Grundstück Nr. 46, 27. März, 9 U., Rr.-Ger. Habelschwerdt.
Jaschowitz, Dampfmahle Nr. 18, 25. März, 11 U., Rr.-Ger.-Dep. Nimptsch.

Trachenberg, Haus Nr. 74, 14. März, 11 U., Rr.-Ger.-Dep. Trachenberg.
Herrnstadt, Wohnhaus Nr. 10 und Hutungs-Abfindungsland Nr. 72, 31. März 10 U., Rr.-Ger.-Comm. Herrnstadt.
Ob.-Zannhausen, Freistelle Nr. 28 und Freisbau Nr. 38, 31. März 10 U. (und 7. April 10 U.), Rr.-Ger. II. Abth. Waldenburg.
Breslau, Kleinwandbaude Nr. 32, 12. März 11 U., Stadt-Ger. Breslau.
— Grundstück Nr. 12a der Offenen-Gasse, 27. März 11 U., Stadt-Gericht Breslau.

Rosenhau, Bauergut Nr. 82, 29. März 9 U., Rr.-Ger. Habelschwerdt.

Winzig, Grundstück Nr. 26, 21. März 11 U., Rr.-Ger.-Comm. I. Winzig.

Regierungsbezirk Liegnitz.

Görlitz, Haus Nr. 1084 (Rahle Nr. 23), 12. März 9 Uhr, Kreis-Gericht Görlitz.

Kobnau, Befähigung Nr. 50, 3. März 11 Uhr, Kreis-Gericht Landsbut.

Görlitz, Stadtgarten Nr. 860, 29. März 9 Uhr, Kreis-Gericht Görlitz.

Görlitz, Wohnhaus Nr. 1652 (Mollstraße Nr. 11b), 29. März 9 Uhr, Kreis-Gericht Görlitz.

Schönau, Wohnhaus Nr. 125, 11. März 11 Uhr, Rr.-Ger.-Dep. Schönau.

Warmbrunn, Hausgrundstück Nr. 29, 21. März 3 Uhr Nachm., Kreis-Gericht Hirschberg.

Reg.-Bez. Oppeln.

Gr.-Peterwitz, Befähigung Nr. 502, 26. März 10 1/2 Uhr, Rr.-Ger. Ratibor.

Gr.-Foschitz, Bauergut Nr. 54, 28. März 11 U., Rr.-Ger. Ratibor.

Sandowisch und Böhm, Grundstück Nr. 201 und 30, 28. März, 3 Uhr Nachm., Rr.-Ger. Streblitz.

Domnik, Mühlenbefähigung Nr. 55, 28. März 11 Uhr, Rr.-Ger. Rosenberg.

Millowisch, Grundstück Nr. 7, 58 und 73, 21. März 10 Uhr, Rr.-Ger. Cöfel.

Riegersdorf, Bauergut Nr. 63, 24. März 10 Uhr, Rr.-Ger. Neustadt.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Breslau, 28. Febr. [Wasserstand.] D.-P. 17 F. — 3. U.-P. 3 F. 2 Z.

Berlin, 27. Februar. Die Liquidation darf als vollständig überwunden betrachtet werden. Obgleich dieselbe sich mit allergrößter Leichtigkeit vollziehen hat, so ließ doch der Charakter des heutigen Geschäftes nicht nur in Bezug auf die Thätigkeit Mandates zu wünschen übrig, sondern es wollte auch scheinen, als wenn die Festigkeit der Stimmung im Wanken begriffen sei. Geld zeigte sich knapper und war zu höheren Zinssätzen gesucht, so zahlte man für Reportirwede 5 1/2 pCt., ebenso war auch der Privatdiscont in die Höhe gegangen und betrug 3 1/2 pCt. Die Speculationswerthe eröffneten in recht fester Haltung, die sich namentlich für Franzosen bemerkbar machte; wenn man für die nächsten Wochen bei dieser Bahn auf glücklichere Einnahmen hofft, so liegt gerade das Gegenheil für Bombarden vor, bei welchen die vorjährige Nacht bevorstehende Periode ziemlich bedeutende Einnahmestimmen aufweist. Die Speculation ließ denn auch im Laufe des Geschäftes Bombarden herabgehen, und verpflanzte sich die weigende Richtung auch auf die anderen Specien dieser Gattung, so daß der Schluß für diese Werthe recht matt genannt werden muß. Oesterreichische Bahnen bei sehr geringem Geschäft eher matt. Renten blieben dagegen begehrt, wiewohl auch diese nur in sehr geringen Dimensionen umgingen, so konnten sie doch etwas im Course profitiren. Italiener still und unüberändert, französische Rente lebhafter und steigend, auch Aktien gut begehrt, im Course ansehend; Amerikaner ruhig. In russischen Staats-Effekten blieb der Verkehr sehr gering, Rfr.-Anleihen in Rücksicht auf die zu erwartende neue Anleihe gedrückt. Preuss. und Deutsche Fonds sehr ruhig; Köln-Mädener Bräm.-Anleihe befehrt. Prioritäten fest, in geringem Verkehr. Auf dem Eisenbahn-Actienmarkt herrschte große Geschäftstillle. Auch hier war der Schluß bedeutend schwächer. Die Rhein.-Westf. Devisen behaupteten sich ziemlich gut. Schweizer Westbahnsehr lebhaft auch Credit- und Kreis-Kempton beliebt. Oesterreichische Südbahn ging zu herabgesetztem Course recht belangreich um. Nordhausen - Erfurt beliebt. Bahnactien auf Prämien sehr stille. Für Bahnactien war die Stimmung recht fest. Disc.-Comm. und Prob.-Disc. sehr beliebt. Darmstädter fest, Jachmann, Centralbank für Industrie, desgleichen Hypothekbank stark steigend, Meininger, Centralgenossenschaft, Centralbank für Bauten, ferner Kieler, Hesse, Metropole, Wechselbank, Brede, Elberfelder, Discont- und Wechselbank, Quist, Unionbank, Deutsche Creditanstalt 105 1/2, Baderstein 120 1/2, später auch wohl billiger, Vantactien auf Prämie sehr beliebt, Dresd. Hand. 101 1/2, Halle'sche Cred. 97 1/2 bez., Hamb. Banth. 116 1/2, Leipziger Disc. 110 1/2, G. Warschauer Disc. 101 1/2, Wiener Arbitrage 130. Industripapiere lebhaft und fest, von Brauereien besonders Bergbrauerei, Böhmische Brauhaus und Nürnberg fest. Jaconsonmiede, Ballischer Lloyd und sämtliche Tuchfabriken begehrt, Schl. Porzellan begehrt, Bauactien beliebt, namentlich Wittenwerber, Passage, beide Richter, und Allgemeine Häuserbau. Niederschönhausen 102. Montanwerthe in guter Frage, meist steigend. Bergelius 125 bez. u. G., Harzer Union 124 1/2 bez., Wörth 106—107, Westpreuss. Eisenbahn 119 1/2 Posten bez., Westpalia 130 1/2, Forster Tuchfabrik 103 bez. G., Dortmund Bräunbau 107 G., Metall-Industrie 105 1/2 bez. u. G., Dortmunder Brauerei 74 1/2 G. (V. u. S.-Sig.)

Posen, 27. Februar. [Producten-Bericht von Lewin Berwin Söhne.] Roggen: (pro 1000 Kilogramm) fester. Rindungspreis 52 1/2. Get. — Weiz. Februar 52 1/2 nom., Februar-März 52 1/2 nom., Frühljahr 53 1/2 bez. u. Br., April-Mai 53 1/2—53 3/4 bez. u. Br., Mai-Juni 53 1/2—53 3/4 bez. u. Br., Juni-Juli —. Spiritus (pro 1000 Liter %) matt. Rindungspreis 17 1/2. Get. 10,000 Liter. Februar 17 1/2 bez. u. G., März 17 1/2 bez. u. Br., April 17 1/2 bez. u. G., April-Mai 17 1/2 bez. u. G., Mai 17 1/2 bez. u. Br., Juni 18 1/2 bez. u. Br., Juli 18 1/2 bez. u. Br., August 18 1/2 Br., September —.

Posener Markt-Bericht. Weizen: unüberändert, pro 1050 Kilogramm feiner 88—90 Thlr., mittel 80—83 Thlr., ordinär und defect 70—80 Thlr. — Roggen: niedriger, pro 1000 Kilogramm feiner 56—57 Thlr., mittel 54—55 Thlr., ordinär 50—52 Thaler. — Gerste begehrt, pr. 925 Kilogr. feine 46—48 Thlr., mittel und ordinär 40—44 Thlr. — Safer: gefragt, pr. 625 Kilogramm feiner 28—29 Thlr., mittel u. defect 24—26 Thlr. — Erbsen: matter, pro 1125 Kilogramm, Roth-Erbsen 53—54 Thlr., Futter-Erbsen 47—49 Thlr. — Lupinen: begehrt, pr. 1000 Kilogramm gelbe 32—34 Thlr., blaue 28—32 Thlr. — Wicken: still, pr. 1000 Kilogr. 40—45 Thlr. — Delsaaten: pr. 50 Kilogr. Kaps — Thlr., Hips — Thlr. — Leinsamen: unüberändert, pro 50 Kilogr. 3—3 1/2 Thlr. — Rlee matt, roth 14—18, weiß 14—19 Thlr. — Buchweizen: offerirt, pr. 75 Kilogr. 44—47 Thlr. — Feinste Waaren über Notiz. — Wetter: Schön.

Paris, 27. Februar. [Bantauweis.] Baarvorrath 791 Mill., Zunahme 2 Mill. Portefeuille mit Ausnahme der geschmähtig verlängerten Wechsel 2227 Mill., Zunahme 15 Mill. Vorschüsse auf Metallbarren 32 Mill., unüberändert. Notenumlauf 2804 Mill., Zunahme 4 Mill. Guthaben des Staatschazes 123 Mill., Zunahme 1 Mill. Laufende Rechnungen der Privat-baten 211 Mill., Zunahme 15 Mill.

London, 27. Febr. [Bantauweis.] Total-Reserve 15,691,997 Pfd. St., Notenumlauf 24,532,690 Pfd. St., Baarvorrath 25,224,687 Pfd. St., Portefeuille 21,962,601 Pfd. St., Guthaben der Privatban 17,977,144 Pfd. St., Guthaben des Staatschazes 14,644,110 Pfd. St., Noten-Reserve 14,777,070 Pfd. St. Pladiscant 3 1/2.

[Londoner Colonialwaaren-Markt.] Dinstag, 25. Februar. Zuder ruhig. — Rasse fest. — Reis matt. — Thee und Zute ruhig.

Metalle: Kupfer flau, Chili Pfd. Sterl. 83—85, Malaroo Pfd Sterl. 91—92. — Zinn ruhig, Straits Pfd. Sterl. 142—143. — Zint fest, Pfd. Sterl. 25, 10, April Pfd. Sterl. 26.

Petroleum ruhig, 1, 6—1, 6 1/2.

Kaböl: matt, loco und März-Juni 35—35, 10.

Baumwollsaamenöl: ruhig, Hull 29, 6—29, 9.

Feinöl: stetig, London 33, 6—33, 9, in Exportaffären 34, Hull und lauf. Monat 33, 3, März-April 33, 6—33, 9, April-Juni 34.

Berlin, 27. Februar. Weizen: Termine in fester Haltung. Getändigt — Cnr. Rindungspreis — Thlr. Ecco 72—89 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität bez., pro Februar — Thlr. bez., pro Februar-März — Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., April-Mai 34 1/2—34 Thlr. bez., Mai-Juni 82 1/2—82 Thlr. bez., Juni-Juli 81 1/2—82 1/2 Thlr. bez., Juli-August — Thlr. bez., September-October — Thlr. bez., sein gelber 84 Thlr. bez. — Roggen in effectiver Waare fand insbesondere in den besseren

Qualitäten gutes Placement. Termine waren ungeachtet der matten auswärtigen Berichte in guter Frage, besonders fand April-Mai-Lieferung größere Beachtung, für die größeren Deckungsläufe bewirkt und wesentliche höhere Preise angelegt wurden. Schluss war jedoch wieder matter. Gefündigt — Einr. Rindungungspreis — Zhr. loco 55—59 Zhr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, russische 55 1/2—56 1/2 Zhr. bez., inländische 56—58 Zhr. ab Bahn bez., pr. Februar 55 1/2 Zhr. bez., Februar-März — Zhr. bez., März-April — Zhr. bez., April-Mai 54 1/2—55 1/2 Zhr. bez., Mai-Juni 53 1/2—54 1/2 Zhr. bez., Juni-Juli 53 1/2—54 1/2 Zhr. bez., Juli-August 52 1/2—53 1/2 Zhr. bez., September-October 52 1/2 Zhr. bez. — Rindb. neuerdings matt und billiger bei regem Verkehr. Gefündigt — Einr. Rindungungspreis — Zhr. loco 21 1/2 Zhr. bez., Spiritus ziemlich gut behauptet, loco ohne Fass 17 Zhr. 25 Sgr. bez., pro Februar 18 Zhr. 4 Sgr. bis 18 Zhr. bez., Februar-März 18 Zhr. 4—2 Sgr. bez., März-April — Zhr. — Sgr. bez., April-Mai 18 Zhr. 11—12 1/2 Sgr. bez., Mai-Juni 18 Zhr. 14—12 Sgr. bez., Juni-Juli 18 Zhr. 20 Sgr. bez., Juli-August 18 Zhr. 26 Sgr. bez. Gefündigt 40,000 Liter. Rindungungspreis 18 Zhr. 1 Sgr. — Wetter: Milde Luft.

Breslau, 28. Febr., 9 1/2 Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen sehr ruhig, bei ausreichenden Zufuhren und unbedeutenden Preisen.

Weizen wenig verändert, pr. 100 Kilogr. schlechter weißer 6 1/2 bis 8 1/2 Zhr., gelber 6 1/2—8 1/2 Zhr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. Roggen feine Qualitäten mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 5 1/2—6 Zhr., feinste Sorte 6 1/2 Zhr. bezahlt.

Gerste gut veräußert, pr. 100 Kilogr. 4 1/2—5 1/2 Zhr., weiße 5 1/2 bis 5 1/2 Zhr.

Hafer sehr fest, pr. 100 Kilogr. 4 1/2 bis 4 1/2 Zhr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 4 1/2—5 1/2 Zhr.

Wicken preishaltend, pr. 100 Kilogr. 4 1/2—4 1/2 Zhr.

Lupinen fester, pr. 100 Kilogr. gelbe 2 1/2—3 1/2 Zhr., blaue 2 1/2 bis 3 1/2 Zhr.

Bohnen preishaltend, pr. 100 Kilogr. schlechte 5 1/2—6 Zhr.

Mais unverändert, pr. 100 Kilogr. 5—5 1/2 Zhr.

Schlaglein unverändert.

Per 100 Kilogramm netto in Zhr., Sgr., Pf.

Schlag-Reinfaß 8 15 — 9 — —

Winter-Haß 9 2 6 9 10 — 9 20 —

Winter-Haß 8 12 6 8 22 — 9 2 6

Sommer-Haß 8 10 — 8 20 — 9 2 6

Reinbottel 7 2 6 7 25 — 8 15 —

Rapskuchen mehr beachtet, schlechte 70—73 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinölchen offeriert, schlechte 88—90 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleeftaat wenig verändert, rothe 13—16 1/2 Zhr. pr. 50 Kilogr., weiße 13 1/2—17 1/2 Zhr. pr. 50 Kilogr., hochfeine über Notiz bezahlt.

Abmohlee sehr fest, 8 1/2—10 1/2 Zhr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Zhr., pr. 5 Liter 3 1/2—4 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Pest, 27. Februar. Das Unterhaus beantragte die Generaldebatte des Cultus- und Unterrichtsbudgets, und nahm den Antrag Francis an, die Regierung anzuweisen, ehestens Gesetzentwürfe über die Religionsfreiheit und Einführung der Civilehe vorzulegen.

Breslau, 27. Februar. Die National-Versammlung begann die Beratung des Gesetzentwurfs der Dreißiger-Commission, mit welchem Dufaur das Einverständnis der Regierung erklärte. Im Laufe der Debatten beantragte Cafelane die Einführung der constitutionellen Monarchie. Hontjens verlas Namens seiner Parteigenossen eine Erklärung, welche die allgemeine Volksabstimmung fordert. Die weitere Beratung wurde auf morgen vertagt.

Paris, 27. Februar. Der „Temps“ veröffentlicht folgende Analyse des Memorandums Castellers an die spanischen Gefandten: Die Errichtung der spanischen Republik sei eine Folge der augenblicklichen Lage. Amadeus habe nicht Herr werden können über die einander entgegenstehenden nationalen Gefühle. Die Errichtung der Republik sei keine Revolution, sondern eine notwendige Evolution; sie könne nicht eine Fackel der Zwietracht für Europa sein. Die Umwandlung der Regierungsform sei eine innere Frage ohne Beziehung zu den internationalen politischen Problemen, die für Europa Interesse hätten. Amerika und die Schweiz hätten die Republik anerkannt; die Regierung hoffe, die anderen Mächte würden sie gleichfalls anerkennen und Spanien ihre moralische Stütze leisten.

Madrid, 27. Febr. Regierungsfest wird in die Provinzen mitgeteilt, daß die hier anwesenden Generale, darunter die Marschälle Concha und Serrano, der Regierung ihren Degen auf das Bereitwilligste und Entschiedenste zur Verfügung gestellt haben.

Rom, 27. Februar. Durch die „Italienischen Nachrichten“ wird eine Depesche des spanischen Ministers des Auswärtigen an den hiesigen spanischen Gefandten veröffentlicht, in welcher die Mittheilungen über angebliche Rücksichtslosigkeiten, welche der König Amadeus bei seiner Abreise von Madrid und während der Reise durch Spanien an die portugiesische Grenze erfahren habe, als jeder Begründung entbehrend bezeichnet werden. — Dem „Osservatore Romano“ zufolge wäre Graf Paar zum Nachfolger des Freiherrn v. Küber als Vorkämpfer bei der päpstlichen Curie auszuwählen.

Brüssel, 27. Febr. Die projectirte Wiedererwerbung der Eisenbahn des „Grand Luxembourg“ wird, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, bei der Beratung durch die Deputiertenkammer eine ungleich stärkere Opposition finden, als man erwartet hatte. Vornehmlich erzogen die accessoirischen Bestimmungen des Vertrages über den Neubau mehrerer Eisenbahnlinien vielfachen Anstoß.

Moskau, 26. Febr. Anlässlich der bekannten Differenz zwischen dem Civilgouverneur General Durnowo und unserem Bürgermeister Jamtin wird eben eine von dem Minister des Innern Timatschew erlassene Declaration vom 21. d. bekannt, welche durch Circular an alle Gouverneure erfolgt ist. Die Declaration hebt hervor, daß, da in Gemäßheit des Gesetzes die städtischen Bürgermeister unter der Oberaufsicht der betreffenden Civilgouverneure stehen, sich dieselben bei allen Gelegenheiten dienlichen Verkehrs der geltenden Dienstvorschriften anzuschließen haben. Das Circular bemerkt ausdrücklich, daß diese Formfrage in keiner Weise die Bestimmungen über die völlige gesetzliche Unabhängigkeit der städtischen Behörden alterirt.

Petersburg, 26. Februar. Aus Wiener Zeitungen hierher gelangte Meldungen aus Brody über Bauern-Aufstände in Wolhynien, Podolien und der Ukraine entbehren jedenfalls der Begründung; es liegen hier keinerlei derartige Meldungen von propagandistischen Bewegungen vor und könnte höchstens eine locale ganz gewöhnliche Collision vorgekommen sein, über die man der Unbedeutendheit wegen nicht einmal etwas hätte hierher gelangen lassen.

Kopenhagen, 27. Februar. Der Ausschuss des Folketings, welcher für die Beratung der bethefften der skandinavischen Münzconvention gemachten Vorlage niedergelegt worden ist, hat einstimmig beschlossen, die Annahme derselben dem Folketing zu empfehlen. Es ist mit ziemlicher Sicherheit auf die Genehmigung der Convention durch den dänischen Reichstag zu rechnen.

Haag, 27. Febr. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer frug der Deputirte Bluse wegen der Vorgänge auf Sumatra an. Der Minister Franken van de Putte erklärte darauf, der Regierung liege jede aggressive Politik fern, es gelte nur, die Autorität derselben und die Respektierung abgeschlossener Verträge sicher zu stellen. Der Vicepräsident des Rathes von Ostindien sei mit genügenden Streit-

kräften nach Nishin geschickt worden, um dort ein entsprechendes Arrangement herbeizuführen; von hier aus würde der Abgang zweier Kriegsschiffe nach den ostindischen Besitzungen beschleunigt werden, ein Truppennachschub von hier sei nicht beabsichtigt. Die Regierung rechte auf die Klugheit und Umsicht des Generalgouverneurs.

Plymouth, 27. Febr. Nach hier eingelangten Nachrichten ist San Vicente (Central-Amerika) durch ein Erdbeben zerstört worden.

Cardiff, 27. Febr. In dem westlichen Theile des Wales Taff in Südwest ist der Strike zu Ende; die Eisenarbeiter haben die ihnen gestellten Bedingungen angenommen.

Newyork, 27. Febr. Der Hamburger Dampfer „Silesia“ ist gestern Abend 7 Uhr hier eingetroffen.

Berliner Börse vom 27. Februar 1873.

Wechsel-Course.		Eisenbahn-Stamm-Aktion.	
Amsterdam 250 Fl.	140 1/2 bz.	Aachen-Mastricht	187 1/2
do. do.	139 1/2 bz.	Berg-Märkische	187 1/2
Hamburg 300 Mk.	2 M. 4	Berlin-Anhalt	187 1/2
do. do.	2 M. 4	Berlin-Görlitz	187 1/2
London 1 Lst.	3 M. 3/4	Berlin-Hamburg	187 1/2
Paris 300 Fr.	2 M. 6	Berlin-Potsd.-Magd.	187 1/2
Wien 100 Fl.	8 T. 6	Berlin-Stettin	187 1/2
do. do.	2 M. 6	Böhm. Westbahn	187 1/2
Augsburg 100 Fl.	2 M. 4	Breslau-Freib.	187 1/2
Leipzig 100 Thlr.	8 T. 4	do. neu-	187 1/2
do. do.	2 M. 4	Cöln-Minden	111 1/2
Frankf.a.M. 100 Fl.	2 M. 6	do. do. neue	111 1/2
Petersburg 100 R.	3 M. 6	Dux-Bodenbach	187 1/2
Warschau 90 R.	8 T. 6	Gal. C.-Ludw.-B.	187 1/2
Bremen 90 R.	8 T. 6	Halle-Sorau-Guben	187 1/2
		Hannover-Altenb.	187 1/2
		Kaschau-Oderberg	187 1/2
		Kronpr.-Rudolfsh.	187 1/2
		Ludwigsh.-Bexb.	187 1/2
		Märk.-Posener	187 1/2
		Magdeb.-Halberst.	187 1/2
		Magdeb.-Leipzig	187 1/2
		do. Lit. B.	187 1/2
		Mainz-Ludwigshaf.	187 1/2
		Ndrschl.-Märk.	187 1/2
		Ndrschl.-Zweigb.	187 1/2
		Oberschles. A. u. C.	187 1/2
		do. B.	187 1/2
		Oest.-Fr.-St.-B.	187 1/2
		Oest.-Nordwestb.	187 1/2
		Oest.-süd. St.-B.	187 1/2
		Ostpreuss. Südb.	187 1/2
		Rechte O.-U.-Bahn	187 1/2
		Reichenberg-Pard.	187 1/2
		Rhein-Male-Bk.	187 1/2
		Rumän. Eisenb.	187 1/2
		Schw.-Westbahn	187 1/2
		Stargard-Posen	187 1/2
		Thüringer	187 1/2
		Warschau-Wien	187 1/2

Fonds und Gold-Course.	
Freiw. Staats-Anleihe	101 1/2 G.
Staats-Anl. 4 1/2 %ige	100 1/2 G.
do. consolid.	104 1/2 bz.
do. 4 %ige	98 1/2 bz.
Staats-Schuldscheine	91 bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	127 1/2 bz.
Berliner Stadt-Oblig.	101 1/2 bz.
Cöln-Mind. Prämienanl.	98 1/2 bz. G.
Berliner	98 1/2 bz.
Central-Boden-Gr.	103 1/2 B.
do. Unkündb.	102 1/2 B.
Pommersche	82 bz.
Schlesische	91 1/2 etbz.
Kur-u. Neumark.	96 1/2 P.
Pommersche	96 1/2 bz.
Posenische	94 1/2 bz.
Preussische	94 1/2 G.
Westfäl. u. Rhein.	98 G.
Sächsische	96 1/2 B.
Schlesische	94 1/2 G.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktion.	
Berlin-Görlitz	187 1/2
Berlin-Nordbahn	187 1/2
Breslau-Warschau	187 1/2
Halle-Sorau-Guben	187 1/2
Hannover-Altenb.	187 1/2
Kaschau-Oderberg	187 1/2
Kronpr.-Rudolfsh.	187 1/2
Märk.-Posener	187 1/2
Magdeb.-Halberst.	187 1/2
Magdeb.-Leipzig	187 1/2
do. Lit. B.	187 1/2
Mainz-Ludwigshaf.	187 1/2
Ndrschl.-Märk.	187 1/2
Ndrschl.-Zweigb.	187 1/2
Oberschles. A. u. C.	187 1/2
do. B.	187 1/2
Oest.-Fr.-St.-B.	187 1/2
Oest.-Nordwestb.	187 1/2
Oest.-süd. St.-B.	187 1/2
Ostpreuss. Südb.	187 1/2
Rechte O.-U.-Bahn	187 1/2
Reichenberg-Pard.	187 1/2
Rhein-Male-Bk.	187 1/2
Rumän. Eisenb.	187 1/2
Schw.-Westbahn	187 1/2
Stargard-Posen	187 1/2
Thüringer	187 1/2
Warschau-Wien	187 1/2

Bank- und Industrie-Papiere.	
Anglo-Deutsche-Bk.	117 1/2
Berliner Bank	117 1/2
Berl. Bankver-ein	157 1/2
Berl. Cassen-Ver.	129 1/2
Berlin. Hand.-Ges.	129 1/2
Berl. Makler-Bank	129 1/2
Berl. Prod.-Makl.-B.	129 1/2
Berl. Wechsel-Bk.	129 1/2
Braunschw. Bank	129 1/2
Bresl. Disc.-Bank	129 1/2
Friedenthal u. C.	129 1/2
Händels-Ges.	129 1/2
Bresl. Maklerbank	129 1/2
Bresl. Makl.-Ver.	129 1/2
BrProv. Wechsel-Bk.	129 1/2
Braunschw. Bank	129 1/2
Br. Wechsel-Bk.	129 1/2
Centr.-Bk. f. Genos.	129 1/2
Darmst. Cred.-Bk.	129 1/2
Darmst. Zettel-Bk.	129 1/2
Dessauer	129 1/2
Deutsche Bank	129 1/2
Deutsche Unionbank	129 1/2
Disc.-Com.-A.	129 1/2
Genfer Bank	129 1/2
Genossensch.-Bnk.	129 1/2
do. junge	129 1/2
Gew. Schuster u. C.	129 1/2
Goth. Grundcred.-B.	129 1/2
Hamb. Nordb. Bk.	129 1/2
do. Vereins-Bk.	129 1/2
Hannoversche do.	129 1/2
do. Disconto-Rk.	129 1/2
Hessische Bank	129 1/2
Königsberger do.	129 1/2
Landw.-B.-Kwilek	129 1/2
Leipz. Credit-Bnk.	129 1/2
Luxemburger do.	129 1/2
Magdeburger do.	129 1/2
Melinger do.	129 1/2
Moldauer Lds.-Bk.	129 1/2
Ndrschl. Cassenver.	129 1/2
Nord. Grundcred.-B.	129 1/2
Oberlausitzer Bnk.	129 1/2
Oest. Credit-Aktion	129 1/2
Ostdeutsche Bank	129 1/2
Ost-Producten-Bk.	129 1/2
Posener Bank	129 1/2
Pos. Prov. Wechsel-Bk.	129 1/2
Preuss. Bank-Act.	129 1/2
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	129 1/2
Pr. Central-Bod.-Cr.	129 1/2
Pr. Credit-Anstalt	129 1/2
Prov. Wechsel-Bk.	129 1/2
Sächs. B. 80 % L. S.	129 1/2
Sächs. Cred.-Bank	129 1/2
Schles. Bank-Ver.	129 1/2
Schl. Vereins-Bank	129 1/2
Thüringer Bank	129 1/2
Ver.-Bk. Quistorp	129 1/2
Weimar. Bank	129 1/2
Wiener Unionbank	129 1/2

Ausländische Fonds.	
Oest. Silberrente	88 1/2 bz.
do. Papierrente	88 1/2 bz. G.
do. Lott.-Anl. v. 80	97 1/2 G.
do. 54er Präm.-Anl.	97 1/2 G.
do. Credit-Loose	120 1/2 bz. G.
do. 54er Loose	101 1/2 bz. G.
do. Silberpfandbr.	85 1/2 bz. G.
Präm.-Anl. v. 80	85 1/2 bz. G.
Wiener Silberpfandbr.	85 1/2 bz. G.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	129 1/2 G.
do. do. 1865	131 1/2 G.
do. Bod.-Cred.-Pfb.	91 1/2 G.
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	77 1/2 G.
Poln. Pfandbr. III. Em.	77 1/2 G.
Poln. Pfandbr.-Pfb.	65 1/2 G.
Amerik. 5 % Anl. p. 1882	96 1/2 bz.
do. do. p. 1885	96 1/2 bz.
do. 5 % Anleihe	97 1/2 G.
Badische Präm.-Anl.	114 1/2 G.
Baierische 4 % Anleihe	116 1/2 G.
Frankosische Rente	88 1/2 bz.
Ital. neue 5 % Anleihe	65 1/2 bz.
Ital. Tabak-Oblig.	64 1/2 bz.
Raasch-Grazer 100 Thlr.-L.	—
Rumänische Anleihe	—
Türkische Anleihe	53 1/2 bz.
Ung. 5 % St.-Eisenb.-Anl.	78 1/2 bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Aktion.	
Berg-Märk. Serie II.	89 1/2 G.
do. III. v. 81 3/4	83 1/2 bz.
do. do. VI.	89 1/2 G.
do. do. Nordbahn	103 1/2 G.
Breslau-Freib. Litt. D.	99 1/2 G.
do. do. H.	99 1/2 G.
Oöln-Minden	91 1/2 G.
do. do. III.	100 1/2 G.
do. do. IV.	91 1/2 G.
do. do. V.	91 1/2 G.
Märkisch-Posener	83 1/2 G.
Ndrschl.-Märkische	91 1/2 G.
do. do. III.	102 1/2 G.
do. do. IV.	102 1/2 G.
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	102 1/2 G.
do. do. D.	102 1/2 G.
Oberschles. A.	83 1/2 B.
do. B.	82 1/2 B.
do. C.	82 1/2 B.
do. D.	82 1/2 B.
do. E.	82 1/2 B.
do. F.	82 1/2 B.
do. G.	82 1/2 B.
do. H.	82 1/2 B.
do. I.	82 1/2 B.
do. J.	82 1/2 B.
do. K.	82 1/2 B.
do. L.	82 1/2 B.
do. M.	82 1/2 B.
do. N.	82 1/2 B.
do. O.	82 1/2 B.
do. P.	82 1/2 B.
do. Q.	82 1/2 B.
do. R.	82 1/2 B.
do. S.	82 1/2 B.
do. T.	82 1/2 B.
do. U.	82 1/2 B.
do. V.	82 1/2 B.
do. W.	82 1/2 B.
do. X.	82 1/2 B.
do. Y.	82 1/2 B.
do. Z.	82 1/2 B.
Cosel-Oderb. (Wilh.)	91 G.
do. do. III.	91 G.
do. do. IV.	91 G.
do. do. V.	91 G.
Ostpreuss. Südbahn	101 1/2 G.
Rechte-Oder-Ufer-B.	102 1/2 G.
Schlesw. Eisenbahn	97 1/2 G.
Stargard-Posen III. Em	71 1/2 G.
Lemberg-Czernowitz	71 1/2 G.
do. do. II.	71 1/2 G.
do. do. III.	71 1/2 G.
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	91 1/2 G.
do. do. neue	91 1/2 G.
Kaschau-Oderberg	88 1/2 G.
Kronpr. Rudolph-Bahn	88 1/2 G.
Mähr.-Schl. Centralbahn	88 1/2 G.
Oesterr.-Französische	93 1/2 G.
do. do. neue	93 1/2 G.
do. süd. Staatsbahn	93 1/2 G.
do. neue	93 1/2 G.
do. Obligationen	93 1/2 G.
Chemnitz-Komotau	93 1/2 G.
Prag-Bodenbach	93 1/2 G.
Dux-Bodenbach	93 1/2 G.
Rockford Rock Island	73 1/2 G.
Ung. Nordostbahn	73 1/2 G.
Ung. Ostbahn	73 1/2 G.
Warschau-Wien II.	96 1/2 G.
do. III.	96 1/2 G.

Telegraphische Course und Börsennotizen.	
Paris, 27. Februar, Nachmittags 3 Uhr. [Schluss-Course.] 3proc. Rente 56, 35 Anleihe de 1871 88, 60. Anleihe de 1872 90, 80.	

Italienische 5proc. Rente 65, 80. do. Tabak-A. Aktien 862, 50. Franzosen (gepl.) 772, 50. do. neue —. —. Oesterreich